# Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraß 46. Fernruf B 5, Barbarossa 0914. Postscheckkonto Berlin 65839 — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstr. 2 — Druck: Konzentration AG, Abt. Spandau, Seegefelder Str. 146 — Erscheint monatl. zweimal. — Postbezug vierteljährlich RM. 0,90 — Einzelnummer RM. 0.20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 2 — J. v. W. g.

Nr. 13 | Berlin, den 1. Juli 1935 | 16. Jahrgang


# Die agrarische Uebervölkerung Polens

Im Volk und Reich Verlag, Berlin, ist vor kurzem eine wissenschaftliche Arbeit von Professor Dr. Theodor Oberländer, dem Leiter des Bundes Deutscher Osten, unter dem Titel „Die agrarische Uebervölkerung Polens" erschienen. (118 Seiten mit zahlreichen Karten.) Im folgenden wird über einige wesentliche, in diesem Buch erörterte Fragen berichtet.

„Polen ist ein landwirtschaftlich übervölkertes Land . . . Jeder Landwirt besitzt in Polen — mit Ausnahme der östlichen Gebiete — durchschnittlich ein um die Hälfte kleineres Areal und Arbeitsfeld als die Landwirte in Ländern mit einer normalen Bevölkerungsstruktur; infolgedessen ist er während eines bedeutenden Teiles des Jahres tatsächlich zwangsweise arbeitslos. Gleichzeitig muß sich in Polen auf dem Lande von einem Hektar eine doppelt so hohe Zahl von Personen ernähren als in Ländern, welche eine normale wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht haben." Mit diesen Worten hat der Abteilungsdirektor im polnischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Adam Rose, das schwierigste soziale Problem skizziert, vor das sich Polen gestellt sieht. Prof. Dr. Oberländer hat das Studium dieses Problems in einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung der deutschen Oeffentlichkeit zugänglich gemacht. Er hat in seiner Arbeit die Tatsachen, Auswirkungen und möglichen Heilmittel eines Zustandes erörtert, der immer mehr in den Mittelpunkt aller wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Ueberlegungen der verantwortlichen Stellen des polnischen Staates gerückt ist.

In Dänemark, einem hochentwickelten und arbeitsintensiven Bauernland, leben auf 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche 17 landwirtschaftlich Erwerbstätige. In Ostpolen kommen 34 landwirtschaftlich Erwerbstätige auf 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, in Kongreßpolen sind es schon 39 und in Galizien gar 66. Das südliche Kongreßpolen und Galizien sind die typischen Gebiete landwirtschaftlicher Uebervölkerung; aber auch Ostpolen hat als landwirtschaftlich übervölkert zu gelten. Während in Dänemark auf einen landwirtschaftlich Erwerbstätigen fast 6 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entfallen, treffen in Ostpolen auf einen solchen Erwerbstätigen nur knapp 3 ha, in Kongreßpolen etwa 2,6 ha und in Galizien nur 1,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, während in Posen und Pommerellen das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Fläche erheblich günstiger ist und als gesund gelten kann. Oberländer nimmt in seiner Untersuchung unter Berücksichtigung der Verschiedenheiten in Kapitalkraft und Arbeitsintensität in der Landwirtschaft der einzelnen polnischen Gebietsteile an, daß als Norm für jeden landwirtschaftlich Erwerbstätigen in Posen-Pommerellen 3 ha, in Zentralpolen und Galizien 4 ha und in Ostpolen 5 ha erforderlich sind. Er kommt bei Anwendung dieser Landnutzungsnorm zu dem Ergebnis, daß in Polen in der Landwirtschaft über 4,37 Millionen Menschen zuviel erwerbstätig sind, was einschließlich der nicht erwerbstätigen Angehörigen einer Masse von fast 7,16 Mill. Menschen entspricht.

Die Gebiete Polens mit der stärksten agrarischen Uebervölkerung sind die Wojewodschaften Kielce, Krakau, Lemberg, Stanislau und Tarnopol. Hier treten die typischen Erscheinungen der agrarischen Uebervölkerung am krassesten hervor. Es sind die Gebiete des stark zersplitterten Grundbesitzes, der lebensunfähigen Zwergbetriebe. Zugleich sind es die Gebiete, in denen die Bodenpreise und die Pachten eine wirtschaftlich nicht zu rechtfertigende Höhe erreichen; die in hoher Kultur befindlichen Böden Posens und Pommerellens werden weit niedriger bezahlt als die relativ geringen Böden Galiziens, da dort bei dünnerer agrarischer Besiedlung das Landangebot groß ist, hier dagegen die Nachfrage nach Land das Angebot übersteigt. Die starke Uebersetzung der landwirtschaftlichen Betriebe verhindert die Kapitalbildung, da nur wenig für den Markt produziert werden kann. Während die Betriebe von 2—50 ha in der Posener Wojewodschaft 1927 etwa drei Viertel ihrer Gesamterzeugung auf den Markt brachten und nur etwa 25 Proz. in der eigenen Wirtschaft verbrauchten, erreichte der Eigenverbrauch dieser Betriebe in Galizien etwa 45 Proz. der gesamten Erzeugung, in den Ostwojewodschaften etwa 43 Proz. In den Krisenjahren hat sich der Anteil des Eigenverbrauchs noch beträchtlich vermehrt. Eine Folge der Kapitalarmut ist die geringe Intensivität der Landwirtschaft in den übervölkerten Gebieten. Die durchschnittlichen Hektarerträge an Brotgetreide betrugen in den galizischen Wojewodschaften in den Jahren 1928/31 nur etwa 60 bis 65 Proz. der Erträge in der Wojewodschaft Posen, dem landwirtschaftlich am höchsten entwickelten Gebietsteil des polnischen Staates. Zugleich sind die agrarisch übervölkerten Gebiete diejenigen Landesteile, für die der Mangel an Vieh charakteristisch ist. Während in Westpolen auf einen in der Landwirtschaft Tätigen 2,1 Stück Großvieh (ohne Pferde) entfallen, sind es in den Ostwojewodschaften nur 1,1, in den Zentralwojewodschaften nur 0,8 und in Galizien nur 0,7 Stück Großvieh. Von den drei Produktionsfaktoren der Landwirtschaft: Boden, Kapital und Arbeit, ist in den agrarisch übervölkerten Gebieten (wie in Polen, außer Posen-Pommerellen, überhaupt) das Kapital der im Minimum, die Arbeit der im Maximum vorhandene Faktor. Aber der Faktor Arbeit kann nicht zur Auswirkung kommen, da ihm der Motor des Kapitals fehlt.

In seiner landwirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Struktur ist das ehemals deutsche Gebiet, vor allem Posen, vom übrigen Polen und namentlich von dessen übervölkerten Süd- und Ostgebieten völlig verschieden. Es liegt auf der Hand, daß sich die staatliche Verbindung eines landwirtschaftlich hoch entwickelten Gebietes mit Gebieten rückständiger Landwirtschaft und einer bevölkerungspolitisch durchaus gesunden Provinz mit Gebieten ungesunder Siedlungsstruktur je länger je mehr nachteilig auf den hochentwickelten und gesunden Teil auswirken muß. Westpolen kennt keine landwirtschaftliche Uebervölkerung, oder vielmehr: es kennt sie noch nicht. Die Gefahr aber, daß sich ähnlich

krankhafte Zustände herausbilden, wie sie in weiten Teilen Russisch- und Galizisch-Polens bestehen, ist nicht zu übersehen. [illegible] staatlichen Verbindung mit Polen sowohl den Ueberschuß ihrer Bevölkerung an die Industrie Deutschlands abgeben wie den Ueberschuß ihrer landwirtschaftlichen Produktion zu lohnenden Preisen in den großen Verbraucherzentren des Deutschen Reiches absetzen. Eine agrarische Uebervölkerung konnte unter solchen Umständen nicht entstehen; und der Kapitalbildung und damit der Intensivierung der Landwirtschaft waren die Wege geebnet.

Seit der politischen Umwälzung hat sich der **Nahrungsspielraum Westpolens** unter der Konkurrenz und der Wirtschaftspolitik der übrigen Gebietsteile Polens **verringert**. Die **Preise** für landwirtschaftliche Produkte, die im heutigen Westpolen vor dem Kriege erheblich über denen Galiziens und vor allem Russisch-Polens lagen, haben sich nach der Errichtung des polnischen Staates denen der übrigen Gebietsteile angleichen müssen. In welchem Ausmaß das der Fall gewesen ist, das geht z. B. aus folgenden Zahlen, die Oberländer anführt, hervor: 100 kg Roggen haben im Durchschnitt der Jahre 1909/13 in Posen 4,02 Dollar, 1930 nur noch 2,60 Dollar gekostet; die entsprechenden Zahlen für Warschau sind 2,71 bzw. 2,66 Dollar. Oder ein anderes Beispiel: Hat die Kaufkraft von Roggen gegenüber Kohle im preußischen Teilgebiet 1912/13 100 betragen, so ist sie bis 1925 auf 86 gesunken; im russischen Teilgebiet dagegen ist die Kaufkraft von Roggen gegenüber Kohle im gleichen Zeitraum von 100 auf 165 gestiegen. Die Einnahmen der westpolnischen Landwirtschaft sind seit der staatlichen Umwälzung also ganz erheblich gesunken, und infolge davon hat sich auch die Kapitalintensität beträchtlich vermindert. Das hat aber (bei immer geringerem Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen und ständig sinkender Verwendung künstlichen Düngers usw.) einen **Rückgang der Hektarerträge** in der westpolnischen Landwirtschaft nach sich gezogen. Während Zentral- und Ostpolen im Vergleich zur Vorkriegszeit eine gewisse Steigerung ihrer Hektarerträge bei Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln aufweisen können, sind diese Erträge in Westpolen nicht unbeträchtlich gefallen (sie liegen freilich auch heute noch wesentlich über den Erträgen der übrigen Gebietsteile Polens).

Eine schwerwiegende Verschlechterung der Lage der westpolnischen Landwirtschaft ist infolge der Versailler Grenzziehung auch **in steuerlicher Hinsicht** eingetreten. Preußen hatte vor dem Kriege in seinen reichen Westgebieten wesentliche Beträge für die Hebung von Kultur und Wirtschaft in seinen Ostprovinzen freimachen können; **Posen und Pommerellen waren im Rahmen des preußischen Staates Zuschußgebiete. Im Rahmen des polnischen Staates aber haben sie selber die Rolle der wohlhabenden Gebiete zu spielen, die zum Ausbau der Produktionskräfte der ärmeren Landesteile herhalten müssen.** Was für die Industriewojewodschaft Ostoberschlesien gilt, das gilt auch für die hochentwickelten Agrarwojewodschaften Posen und Pommerellen: Sie sind die Gebiete, auf deren Kosten sich die rückständigen übrigen Teile des polnischen Staates zu erhalten und zu entfalten versuchen. Die agrarische Uebervölkerung Süd- und Ostpolens bedroht auch die ehemals deutschen Provinzen. Die nationalpolitisch beeinflußte Neigung, die Gebiete, die eine agrarische Ueberschußbevölkerung aufweisen, dadurch zu entlasten, daß der Ueberschuß in die Gebiete mit stärkerem Großgrundbesitz abgelenkt wird, erhöht diese Gefahr.

Dabei ist folgende Feststellung notwendig: **Die Parzellierung ist kein geeignetes Mittel zur Beseitigung der agrarischen Uebervölkerung Polens**, und zwar zunächst deshalb, weil der selbst bei einer restlosen Parzellierung aller Güter über 100 ha zur Verfügung stehende Boden bei weitem nicht ausreichen würde, um die Millionen heute mehr oder weniger brachliegender agrarischer Arbeitskräfte produktiv unterzubringen. Selbst wenn man sich darauf beschränken wollte, alle lebensunfähigen Zwergbetriebe Polens durch eine Aufteilung aller Großgrundbesitzflächen von über 100 ha auf den Stand einer Ackernahrung von 6 ha zu vergrößern, würden hierzu — schon nach dem Bevölkerungsstande von 1921 — fast 1,7 Millionen Hektar aufteilbaren Landes zu wenig da sein; von 1921 bis 1931 aber ist die Bevölkerung Polens noch um fast 5 Millionen Seelen gestiegen. Weiter ist auf Grund der bisherigen Erfahrungen der polnischen Agrarreform zu beachten, daß die Schaffung neuer Bauernstellen das Vorhandensein großer Kapitalien voraussetzt, und da diese nicht da sind, eine zumeist recht empfindliche Verminderung der Ernteerträge bewirkt, also eine Verknappung des Nahrungsspielraumes hervorruft. Im Gegensatz zur Anliegersiedlung, die durch die Vergrößerung nicht voll lebensfähiger Kleinbetriebe im allgemeinen ihren Zweck erfüllt, im Rahmen der polnischen Agrarreform jedoch nur eine geringere Rolle gespielt hat, hat sich die Neusiedlung nicht als ein Mittel zur Milderung der Folgen der agrarischen Uebervölkerung in Polen bewährt; sie hat sie vielmehr durch die nicht unbedeutende Extensivierung der Landwirtschaft, die sie zur Folge gehabt hat, verschärft.

„Polen hat auf dem Gebiete der Volksbildung, der Melioration, der Kredithilfe, des Genossenschaftswesens, der Organisation des landwirtschaftlichen Absatzmarktes usw. gewaltige Aufgaben zu lösen, durch die die agrarische Uebervölkerung gemildert oder kompensiert werden könnte, — wenn Polen einen inneren oder äußeren Markt hätte, um diese zusätzliche Produktion unterzubringen." Das heißt: **Die Uebervölkerung Polens läßt sich in der Hauptsache nur durch eine Intensivierung der Landwirtschaft in den ehemals russischen und österreichischen Gebietsteilen beheben. Voraussetzung dazu aber ist, daß Polen in der Lage ist, die durch die Intensivierung vermehrte landwirtschaftliche Produktion zu lohnenden Preisen unterzubringen.** Das bedeutet im wesentlichen, daß Polen versuchen muß, die Ueberproduktion Posens und Pommerellens, die auf dem Binnenmarkt lastet und die Preise herabdrückt, auf dem Auslandsmarkt abzusetzen. „Eine Aufnahme der agrarischen Uebervölkerung in der **Industrie** ist unter den augenblicklichen Wirtschaftsverhältnissen Polens nicht möglich." Erst eine intensiv wirtschaftende Landwirtschaft wird auch für die polnische Industrie einen lohnenden Absatzmarkt abgeben. Eine vollbeschäftigte Industrie wiederum erhöht den Inlandsabsatz der Agrarprodukte und ermöglicht eine weitere Verminderung der agrarischen Uebervölkerung durch eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften in den industriellen Berufen.

Was die notwendige agrarische Ausfuhrsteigerung anlangt, so wird diese in größerem Ausmaß wohl nur möglich sein, **wenn es die polnische Landwirtschaft versteht, sich dem spezialisierten Bedarf der ausländischen Abnehmer anzupassen.** „Es handelt sich vor allem um die Deckung des mitteleuropäischen Bedarfs an pflanzlichen Oelen und Fetten, sowie an Faserstoffen, auf die sich die polnische und überhaupt die osteuropäische Landwirtschaft einstellen kann. Bei einer Steigerung der Hektarerträge für Getreide kann in Polen Ackerland im Südosten für Sonnenblumen, im Nordosten für Leinbau freigemacht werden, beides Kulturen, die viel Handarbeit erfordern und deren Endprodukte einen lohnenden Absatz gewähren." Auch hinsichtlich anderer Erzeugnisse wird sich eine Anpassung der polnischen Landwirtschaft an die Bedürfnisse der zu gewinnenden ausländischen Abnehmer durchführen lassen.

Die Intensivierung der Landwirtschaft bedarf der Vorbereitung nicht nur von der materiellen, sondern ebenso auch von der menschlichen Seite. Das heißt: **Die Intensivierung der Landwirtschaft setzt bei der bäuerlichen Bevölkerung ein gewisses Maß von allgemeiner und beruflicher Bildung voraus**, von dem die weit überwiegende Masse der Bauern gerade der übervölkerten Gebiete Polens noch sehr weit entfernt ist. So betrachtet, wird **die Frage der Ueberwindung der agrarischen Uebervölkerung für Polen zu einem nationalpolitischen Problem.** Denn weite Teile der am stärksten übervölkerten und der am wenigsten intensiv wirtschaftenden Gebiete Galiziens und Ostpolens sind in überwiegender Mehrheit von Nichtpolen besiedelt. Wenn Polen noch weiterhin das nationale Bildungswesen der **Ukrainer** in

der Weise, wie es bisher der Fall ist, behindert, wenn es weiter jeden Ansatz eines arteigenen Bildungswesens bei der Masse der weißrussischen Bauern unmöglich zu machen bemüht ist, dann verbaut es sich selber die Möglichkeit, eines der schwersten wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, die sein Staatswesen belasten, wie es sich umgekehrt den Ertragsreichtum seiner landwirtschaftlich hoch entwickelten Westgebiete zerstört, wenn es diesen, um das dortige Deutschtum zu schwächen, bedenkenlos die Kosten einer Gesundung und Stärkung der rückständigeren Gebiete aufbürdet.

Das Vorwiegen nationalpolitischer Kampfabsichten hat die Agrarreform um ihre beabsichtigten Erfolge gebracht. Es hat die polnischen Behörden dazu veranlaßt, auf der einen Seite Menschen aus dem Osten auf dem intensiv bewirtschafteten Boden Posens und Pommerellens anzusetzen, deren Wirtschaftsformen und -bedingungen ihnen unbekannt waren, und auf der anderen Seite Menschen aus den polnischen Kerngebieten inmitten der ihnen national feindlichen Umgebung Ostpolens unterzubringen, in einer Umgebung, der gegenüber sie sich weder wirtschaftlich noch national zu behaupten vermochten. Die Agrarreform hat bisher keine Milderung der agrarischen Uebervölkerung herbeizuführen vermocht, obwohl von der im Jahre 1921 vorhandenen Gesamtfläche des Großgrundbesitzes bereits etwa ein Drittel parzelliert worden ist. Wenn sich die Uebervölkerung trotz der Parzellierung eines Drittels der hierzu zur Verfügung stehenden Fläche nicht nur nicht vermindert, sondern noch ganz erheblich verschärft hat, dann kann man daraus wohl die Schlußfolgerung ziehen, daß durch die Parzellierung die agrarische Uebervölkerung auch dann nicht zu beseitigen ist, wenn auch noch die restlichen beiden Drittel der Großgrundbesitzfläche in der bisherigen Weise aufgeteilt werden. Soll der Kampf gegen die Uebervölkerung wirksam durchgeführt werden, dann muß er notwendigerweise unter Ausschaltung minderheitenfeindlicher Absichten erfolgen. Dr. K.

# Litauische Vorbereitungen zur Unterdrückung der Wahlfreiheit

Die Einsicht, daß das Memelgebiet ein deutsches Land ist, gewinnt auch in den Kreisen des Auslandes allmählich an Boden, die sich bisher geweigert haben, die deutschen Auffassungen zur Kenntnis zu nehmen. Die rückhaltlose Offenheit, mit der sich der Führer in seiner Reichstagsrede vom 21. Mai über das deutsch-litauische Verhältnis geäußert hat, hat die politischen Kreise des Auslandes davon überzeugt, daß es zum mindesten einmal notwendig ist, sich ernsthaft über die wirklichen Zustände im Memelgebiet zu unterrichten. Wenn das Interesse, das durch die Führerrede für das Memelproblem ausgelöst worden ist, und das sich in letzter Zeit in häufigen Reisen ausländischer Journalisten ins Memelland und nach Litauen äußert, den derzeitigen Machthabern in Memel und Kauen nicht angenehm ist, wenn sie am liebsten jeden fremden Besuch aus ihrem Machtbereich fernhalten möchten, dann ist das durchaus zu verstehen. Sie haben eben mancherlei zu verbergen, und sie wissen sehr gut, daß jeder Bericht eines objektiven Beobachters, der in der englischen, französischen, schwedischen oder sonstigen ausländischen Presse über Memel erscheint, ihnen die Durchführung des großangelegten Betruges erschwert, den sie bei der Veranstaltung der Wahlen zum Memellandtag im September dieses Jahres vorhaben.

Ueber einige der litauischen Fälschungsmanöver wurde an dieser Stelle („Ostland" Nr. 11) bereits kürzlich berichtet. Inzwischen haben die Litauer noch weitere Mittel gefunden, die ihnen geeignet erscheinen, das Ergebnis der memelländischen Landtagswahlen nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu „korrigieren". Der Gouverneur hat kürzlich eine Kommission eingesetzt, die den Auftrag hat, die durch die autonomen memelländischen Behörden ausgestellten Pässe einer genauen „Prüfung" zu unterziehen. Die Kommission ist beauftragt, jedem Memelländer bei Feststellung auch nur des kleinsten Formfehlers den Paß zu entziehen. Der Zweck dieses Manövers liegt klar auf der Hand: Der Inhaber eines „beanstandeten" Passes wird, da seine litauische Staatsbürgerschaft erst „nachgeprüft" werden muß, aus der Wählerliste gestrichen, die Teilnahme an der Wahl wird ihm also unmöglich gemacht. Daß die Kommission in den Pässen der politisch „zuverlässigen" Leute keine Formfehler feststellen wird, läßt sich leicht denken. Einer größeren Anzahl von Memelländern wurden bereits die Pässe unter dem Vorwand, daß sie nicht ganz „einwandfrei" seien, entzogen. So wird auch auf diese Weise von litauischer Seite versucht, die zahlenmäßige Stärke der deutschen Wählerschaft zu verringern.

Zugleich wird die Masseneinbürgerung großlitauischer Zuwanderer in größtem Stil durchgeführt, um die Zahl der litauischen Wählerschaft bis zum September künstlich in die Höhe zu schrauben. In Memel wurde jetzt ein besonderes Büro eröffnet, das sich in einem Aufruf an die Großlitauer, die das memelländische Bürgerrecht noch nicht besitzen, gewandt und sie aufgefordert hat, sich sofort den memelländischen Bürgerschein zu besorgen. Bei der Ausstellung dieser Scheine wird von dem Büro auf die geltenden Bestimmungen keinerlei Rücksicht genommen. Es kommt immer häufiger vor, daß selbst Großlitauer, die sich nur vorübergehend im Memelgebiet aufhalten und ihren Wohnsitz in Großlitauen haben, das memelländische Bürgerrecht und damit das Recht, im September an den Wahlen teilzunehmen, erhalten. Während des Sommers werden im Memelland verhältnismäßig viele Arbeiter aus Großlitauen als Saisonarbeiter beschäftigt; deren Zahl ist in diesem Jahre infolge der Ausbauarbeiten am Memeler Hafen und infolge verschiedener Neubauten der Postverwaltung besonders groß. Es handelt sich um Tagelöhner, die von einem Tag auf den anderen entlassen werden können. Sie wechseln sehr häufig; und die litauischen Behörden sorgen dafür, daß möglichst jeder dieser Arbeiter, auch wenn er nur ganz kurze Zeit im Memelgebiet beschäftigt ist und dann sofort wieder nach Großlitauen zurückkehrt, sich den memelländischen Bürgerschein ausstellen läßt. Im September werden diese „Memelbürger" dann voraussichtlich von jenseits der alten deutsch-russischen Grenze als Stimmvieh herangeholt werden. Die Schaffung dieser neuen „Memelbürger" ist um so widernatürlicher, als es im Memelland selber durchaus nicht an einheimischen Arbeitskräften fehlt.

Ein weiteres Mittel, die Willensäußerung der memelländischen Bevölkerung nach den im Statut vorgesehenen demokratischen Grundsätzen zu verhindern, ist die Reform des Wahlrechts. Mit der Frage einer Wahlrechtsreform hat sich die litauische Regierung an sich schon seit langem befaßt. Jetzt scheint sie es mit Rücksicht auf die Memelwahlen mit der Durchführung der Reform aber besonders eilig zu haben. Da sich die Regierung in letzter Zeit sehr stark mit der gesetzlichen Regelung der Errichtung berufsständischer Kammern befaßt und z. B. ein Gesetz zur Errichtung einer Arbeiterkammer bereits verabschiedet hat, nimmt man allgemein an, daß die beschleunigte Errichtung dieser Kammern mit der angekündigten Wahlrechtsreform im Zusammenhang steht, und daß die Regierung die Absicht hat, eine Art ständischer Vertretung zu schaffen, in deren Rahmen es natürlich sehr leicht sein wird, politische Willensäußerungen nicht zum Ausdruck kommen zu lassen. Wenn ein solcher Plan wirklich bestehen sollte, so muß schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß seine Durchführung im Memelgebiet dem Artikel 10 des Memelstatuts widerspräche, in dessen erstem Absatz bestimmt wird, daß der Memellandtag in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt werden muß. Eine Wahlordnung, nach der nicht mehr die einzelnen Bürger, sondern die ständischen Vertretungen, wie Handels-, Landwirtschafts-, Handwerks-, Arbeiter-, Ingenieur- und sonstige Kammern, die Abgeordneten der politischen Vertretung zu wählen berechtigt sind und überdies ein Teil dieser Abgeordneten noch von der Regierung ernannt wird, läßt sich mit den im Statut festgelegten Grundsätzen in keiner Weise vereinen.

„Memel ist ein uralter Hort des Deutschtums", schrieb Sir Arnold Wilson kürzlich im „Nineteenth Century", einer angesehenen englischen Zeitschrift, „es ist eng verwachsen mit der deutschen Tradition, ein Teil Preußens seit seiner Gründung, mit einem feststehenden Platz in der deutschen Geschichte." Wer auch nur ein wenig Geschichtskenntnis und Beobachtungsgabe besitzt, wird zugeben müssen, daß die Feststellung Wilsons den Tatsachen entspricht. Aber es genügt nicht, daß diese Tatsachen nur mehr oder weniger häufig und klar in der Presse des Auslandes festgestellt werden. Es ist auch notwendig, daß die auf Grund der Memelkonvention für die Zustände in Memel verantwortlichen Mächte dafür sorgen, daß den Litauern bei den kommenden Wahlen keine Möglichkeit bleibt, den deutschen Charakter des Memelgebietes zu verschleiern, indem sie durch allerlei Schiebungen eine ordnungsgemäße politische Willenskundgebung der Bevölkerung hintertreiben. Zu den litauischen Behörden kann man nach allem, was geschehen ist, nicht mehr das Zutrauen haben, daß sie willens und imstande sind, für eine freiheitliche Durchführung der Wahlen Sorge zu tragen. Die Forderung, die Schulrat Meyer in seiner letzten Beschwerde an die Signatarmächte aufgestellt hat, einen den Wahlvorgang überwachenden Kommissar der Signatarmächte ins Memelgebiet zu entsenden, besteht also zu Recht. Es hat den Anschein, daß man sich auch in London mit dieser Frage befaßt; ob man sich dort aber zu einer solchen, die litauischen Hoheitsrechte einschränkenden Maßnahme entschließen wird, das steht noch nicht fest.

Es ist übrigens interessant, festzustellen, wie Litauen in der Memelfrage nach und nach auch von seinen „besten Freunden" verlassen wird, wie diese „Freunde" allmählich von Litauen abzurücken beginnen. Selbst in Frankreich, wo man für alle die, die sich gegen Deutschland einsetzen lassen, stets eine bemerkenswerte Vorliebe hat, beginnt man unter der Wirkung der englischen Vorhaltungen allmählich bedenklich zu werden. Sicherlich läßt man dort Litauen nicht gerne fallen; aber wenn England, wie es scheint, so großen Wert darauf legt, für eine Beruhigung im Memellande und eine Entspannung des deutsch-litauischen Verhältnisses zu sorgen, mag es vielleicht doch besser erscheinen, dem großen Bundesgenossen einen Gefallen zu tun, als noch weiter dem kleinen Köter im Osten zu helfen. Was Moskau anlangt, so ist der wirkliche Wert seiner Freundschaft, auf die Litauen so große Stücke hält, kürzlich sehr deutlich in einem Artikel eines maßgebenden Moskauer Organs der Kommunistischen Internationale zum Ausdruck gekommen: Auf der einen Seite hetzt Moskau das kleine Litauen, das es als einen Prellbock seiner bolschewistischen Umtriebe benutzt, gegen Deutschland, indem es dessen Memelpolitik unterstützt, auf der anderen Seite aber schreibt das erwähnte Moskauer Blatt, daß die Kommunistische Partei „im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker" entschieden gegen die Bedrückung des Memellandes durch die Kauener Regierung auftrete.

Eine ähnliche Enttäuschung haben die Litauer mit ihren baltischen Freunden erlebt. Die Hoffnung, daß sich Lettland und Estland nach und nach in die Memelpolitik einschalten lassen und diese Politik als im Interesse des gesamten Baltikums liegend mitmachen und verteidigen würden, scheint sich doch als irrig zu erweisen. Zunächst hat es nach dem Abschluß des Rigaer Paktes vom letzten Jahre allerdings den Anschein gehabt, als ob sich die beiden anderen baltischen Staaten mit Litauen in der Memelfrage solidarisch zu erklären bereit seien. Ihre Presse fand für die litauische Politik im Memelland keine kritischen, sondern sehr oft sogar anerkennende Worte; und in der Behandlung der Deutschen ihrer Länder machten die Regierungen in Reval und Riga Anstalten, sich nach dem „erfolgreichen" litauischen Vorbild zu orientieren. Jetzt aber haben sie anscheinend doch ein Haar in der Suppe gefunden. Sie fangen an, sich von der litauischen Memelpolitik vorsichtig zu distanzieren; sie sehen allmählich ein, daß es für sie nicht eben vorteilhaft ist, sich durch eine Politik zu belasten, die nicht die ihre ist und die ihnen keinen Nutzen zu bringen vermag. Sie erinnern sich mit einem Male daran, daß die Memelfrage beim Abschluß des Rigaer Paktes ja als eine „innere Angelegenheit" Litauens aufgefaßt worden ist, und daß sie gar keinen Grund haben, in dieser Frage für Litauen Partei zu ergreifen. Diese Erkenntnis kommt etwas spät; und sie wäre wahrscheinlich noch lange nicht gekommen, wenn sich mit dem Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens nicht ein Umschwung des englischen Verhältnisses zu Deutschland angebahnt hätte, ein Umschwung, der vor allem in Estland, wo man sich mit Vorliebe an das politische Beispiel Englands zu halten pflegt, einen bemerkenswerten Eindruck gemacht hat. Litauen wird schließlich die Suppe, die es sich mit seiner Memelpolitik eingebrockt hat, selber auslöffeln müssen. Es ist anzunehmen, daß es sich daran den Magen verdirbt, da es ja nicht genügend Vernunft besitzt, sich noch rechtzeitig durch einen Rückzug aus dem Memelgebiet aus der Affäre zu ziehen.

# Der Kampf um den Gulden

### Eine Rede Dr. Schachts

Der Besuch, den der Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Dr. Schacht Mitte Juni der Freien Stadt Danzig in Erwiderung eines Besuches des Präsidenten der Bank von Danzig abgestattet hat, hat auf die durch die Währungsschwierigkeiten noch erregte Danziger Oeffentlichkeit beruhigend gewirkt. Wenn dieser Besuch auch keinen politischen Charakter trug, so kam durch ihn, da er gerade in diesem Augenblicke erfolgte, doch die Tatsache zum Ausdruck, daß das Deutsche Reich entschlossen ist, der Freien Stadt zur Durchführung der notwendigen wirtschaftlichen Gesundungsmaßnahmen seine personelle und materielle Hilfe zu leihen. Und diejenigen, die ein Interesse daran verraten, daß sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Danzigs verschärfen, mögen aus dieser Bekundung der Verbundenheit zwischen dem Reiche und Danzig die Gewißheit entnehmen, daß sie es, wenn sie Danzig angreifen, mit dem Reiche zu tun bekommen, und daß sich das, was sie gegen Danzig unternehmen, in dieser oder jener Form auch nachteilig für ihre Beziehungen zum Reiche auswirken wird.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat am 14. Juni im Danziger Artushof vor den Wirtschaftlern der Freien Stadt eine viel beachtete Rede gehalten. Dr. Schacht charakterisierte die schwierige Lage, in der sich das vertraglich gebundene Danzig befindet: In einer Welt, die nicht nur die möglichste wirtschaftliche Abschließung aller Länder gegen einander auf ihre Fahnen geschrieben zu haben scheint, und besonders in einer Welt, die Währungsentwertungen und -spekulationen zu einem Mittel der Politik erniedrigt hat, war und ist es für ein so kleines und in seiner Hoheit eingeengtes Währungsgebiet wie Danzig ganz besonders schwer, seine Währung gegen internationale willkürliche Ausnutzung zu schützen. Der Notenumlauf der Bank von Danzig ist so gering, daß es nur eines verhältnismäßig kleinen Spekulationseinsatzes bedarf, um Erschütterungen hervorzurufen.

Dr. Schacht kam dann auf die Währungsspanne zu sprechen, die bis zum 2. Mai d. Js. zwischen Danzig und Polen bestand: Mit der zweiten Stabilisierung seiner Währung im Jahre 1926 hatte Polen Danzig gegenüber einen Währungsvorsprung von über 40 Prozent erreicht. In dieser Lage bot sich Danzig ein Glücksfall dar, diesen Währungsvorsprung aufzuholen, als im September 1931 das englische Pfund von seiner bisherigen Parität losgelöst wurde. Da die Danziger Noten dem Grundgesetz der Bank von Danzig nach in Schecks auf die Bank von England einlösbar waren, so hätte der Gulden automatisch dem Pfunde folgen müssen. Damit wäre die Spanne zum Zloty verringert und die innerlich gefährdete Lage des Guldens erleichtert worden. Die damalige Danziger Regierung hat diesen Glücksfall nicht wahrgenommen. Sie hat damals den Gulden vom Pfunde gelöst und ihn direkt, ohne Anlehnung an eine stärkere Währung, im Golde verankert... Seit dieser künstlichen Inbeziehungsetzung zum Gold war der

Gulden zu einem Kampfe verurteilt, der nach Lage der Dinge mehr und mehr aussichtslos wurde und schließlich zu der Abwertung führen mußte, die am 2. Mai d. Js. vorgenommen worden ist. Man braucht nicht erst durch Zahlen vor Augen zu führen, daß die Deflationspolitik, die jener Währungsmaßnahme von 1931 folgte, sich für Danzig ebenso wenig günstig ausgewirkt hat, wie die Brüningsche Deflationspolitik im Reich . . . Der ständig zurückgehende Außenhandel Danzigs führte zu immer stärkerer innerer Belastung. Das gesamte Brutto-Zollaufkommen, das auf Danzig entfällt, betrug noch im Jahre 1925 21,6 Millionen, im Jahre 1934 aber nur noch 3,5 Millionen Gulden, ist also um nicht weniger als um 84 v. H. zurückgegangen. Das hat den geradezu wahnwitzigen Zustand herbeigeführt, daß in Danzig die Zolleinnahmen heute eine Verlustquelle bedeuten; denn die Kosten der Zollverwaltung sind im letzten Jahre um zwei Millionen Gulden höher als die Zolleinnahmen selbst. Auch die Konkurrenz des Hafens von Gdingen hat zu dem Rückgang des Danziger Handels beigetragen . . .

Dr. Schacht sprach dann über die Maßnahmen, die zur weiteren Sicherung des Danziger Guldens notwendig sind: Die Bank von Danzig hat nach dem letzten Status einen Umlauf von 32 Millionen Gulden und neben ihren sonstigen Aktiven allein Außenstände bzw. Forderungen in gleicher Höhe. Wenn die Bank von Danzig diese Außenstände auch nur zum Teil eintreibt und keine neuen Kredite gibt, so wird sie ihren Notenumlauf so verringern können, daß der Danziger Gulden bald einen Seltenheitswert gewinnt, der sich in einem Aufgeldausprägen könnte. „Sie werden mir sagen", fuhr Dr. Schacht fort, „ja, aber, um Gottes willen, das wird doch die Bank von Danzig nicht tun! Ich sage Ihnen, wenn ich Präsident der Bank von Danzig wäre und befände mich einer so gewalttätigen und vaterlandslosen Spekulation gegenüber, wie dies anläßlich der Devisenhamsterei der letzten Monate in Danzig der Fall gewesen ist, so würde ich nicht einen Augenblick zögern, diese Politik anzuwenden . . . Es ist durchaus möglich, daß bei einer solchen Politik der Unschuldige mit dem Schuldigen getroffen wird. Aber das Wohl des Ganzen geht über das Wohl des Einzelnen, und wer unschuldig ist, möge sich bei den Schuldigen bedanken . . ."

„Ich weiß sehr wohl", so schloß Dr. Schacht, „daß Selbstbehauptung in schwieriger Zeit Opfer fordert. Diese Opfer so gleichmäßig und gerecht wie möglich auf alle zu verteilen, ist notwendig. Aber die Opfer selbst können nicht erspart bleiben . . . Danzigs Volkstum und Boden wird nicht verlorengehen und nicht vermindert werden, weil uns zufällig im Augenblick ein paar Devisen fehlen. Und niemand soll glauben, daß derartige vorübergehende Schwierigkeiten an dem Bestande des deutschen Danzigs und an seinem Willen zur Selbstbehauptung auch nur das geringste zu ändern vermöchten."

### Verhandlungen zwischen Danzig und Polen

Die Polen haben es weiterhin darauf abgesehen, die Schwierigkeiten, in denen sich Danzig gegenwärtig befindet, zu ihrem politischen Vorteil auszubeuten. Sie haben ein offensichtliches Interesse daran, daß dem durch die opfervolle Guldenabwertung vom 2. Mai begonnenen wirtschaftlichen Sanierungswerk der Erfolg versagt bleibt. Die polnische Regierung hat gegen die Danziger Devisenbewirtschaftung Einspruch erhoben. Sie hat es abgelehnt, der polnischen Post in Danzig die vom Danziger Senat geforderte Anweisung zu geben, daß auch sie sich an die Devisenvorschriften zu halten hat. Die polnische Regierung hat weiter die Guthaben der Danziger Banken in Polen gesperrt. Der Verband der polnischen Industriellen in Danzig hat damit gedroht, daß er seine Büros schließen und rund 600 Angestellte entlassen würde, wenn die Devisenbewirtschaftung nicht aufgehoben würde. Die durch die Währungsmaßnahmen in Danzig eingefrorenen polnischen Forderungen werden von polnischer Seite auf etwa 12 Millionen Zloty berechnet, von denen fast die Hälfte auf Warenlieferungen der Lodzer Textilindustrie und etwa eine Million Zloty auf die Lieferungen der oberschlesischen Kohlenbergwerke entfallen. Recht bezeichnend für die aggressive Einstellung Polens zur Danziger Frage ist die Tatsache, daß der Bund der Polen in Danzig die Hilfe der Warschauer Regierung gegen die Führung des Staates anruft, in dessen Gebiet er Gastrecht genießt; am 23. Juni hat die Leitung des Polenbundes in einer Sitzung, an der auch der diplomatische Vertreter Polens, Dr. Papée, teilnahm, eine Entschließung folgenden Wortlauts gefaßt: „Die polnische Volksgemeinschaft in Danzig beobachtet mit der größten Unruhe die infolge der Danziger Valutamaßnahmen bedrohte Wirtschaftslage des Danziger Hafens und wendet sich an die Regierung der Republik mit der Bitte um Abhilfe."

Die polnische Regierung behauptet, daß die Danziger Devisenbewirtschaftung mit den geltenden Verträgen in Widerspruch stehe. Sie bezieht sich bei dieser Auffassung auf den Art. 195 des Warschauer Abkommens vom 24. Oktober 1921, dessen 3. Absatz lautet: „Wenn die polnische Regierung diese Beschränkungen (gemeint sind die damaligen polnischen Devisenbeschränkungen) aufheben wird, so wird die Freie Stadt Danzig keine entsprechenden Beschränkungen Polen gegenüber anwenden können." Die polnische Regierung möchte diesen Artikel, der sich auf eine vor 14 Jahren zwischen Danzig und Polen gegebene Lage bezieht, so aufgefaßt wissen, als ob er Danzig ein für allemal die Anwendung jeglicher Devisenbeschränkungen gegenüber Polen verbiete. Natürlich ist Danzig bereit, die devisenpolitischen Erleichterungen vorzunehmen, die sich mit der Erreichung des beabsichtigten Zweckes, nämlich der Unterbindung spekulativer Angriffe auf den Gulden, vereinbaren lassen. Aber Danzig fühlt sich keineswegs an eine längst überholte und unter ganz anderen Bedingungen zustandegekommene Vertragsbestimmung gebunden, und es ist nicht in der Lage, gewissen Leuten nur deshalb, weil sie zufälligerweise polnische Staatsangehörige sind, ein Privileg für Devisenschiebung zu gewähren.

Auf polnischer Seite ist man anscheinend der Auffassung gewesen, daß die Freie Stadt jetzt nicht mehr in der Lage sei, ihre Währung ohne die finanzielle Unterstützung Polens zu halten. Daraus erklärt es sich wohl, daß Polen im Laufe der Verhandlungen Danzig seine „Hilfe" anbot. Worin diese „Hilfe" bestehen sollte, hat die Forderung des polnischen Sonderbeauftragten für die Verhandlungen mit Danzig, des Ministers Roman, gezeigt, der die Einführung der Zlotywährung in Danzig verlangt hat. Diese Forderung ist für Danzig undiskutabel. Der Danziger Gulden ist nach der Abwertung vom 2. Mai d. Js. und nach der Einführung der Devisenbewirtschaftung nicht mehr gefährdet. Die auf eine solche Zumutung notwendige Antwort hat Gauleiter Forster gegeben, als er feststellte, daß es immer noch besser ist, von eigenen Volksgenossen, wenn auch in Armut, regiert zu werden, als von fremden Herren Gesetze und Maßnahmen zu dulden, die letzten Endes jedem Einzelnen ein noch schlimmeres Dasein bescheren.

### Die Opposition sabotiert den Aufbau

Selbst die große Bedrängnis, in der sich die Freie Stadt Danzig befindet, und die unbedingte Notwendigkeit, mit den beschränkten Mitteln, über die sie verfügt, mit äußerster Sparsamkeit umzugehen, vermag es nicht, die Danziger Oppositionsparteien zur Vernunft zu bringen. Der Danziger Senat hatte zur Durchführung der erforderlichen Sparmaßnahmen zwei verfassungsändernde Gesetze vorbereitet, zu deren Durchbringung im Volkstag eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Die Nationalsozialisten haben dort jedoch nur eine 60prozentige Mehrheit. In der Sitzung des Volkstages vom 27. Juni wurden die Gesetze gegen die 43 Stimmen der NSDAP. mit 26 Stimmen der oppositionellen Parteien bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Den Marxisten, Zentrumsleuten und Reaktionären und selbstverständlich auch den Polen liegt an einer Gesundung der Danziger Wirtschaftsverhältnisse nichts. Ihre schäbigen Parteiinteressen sind ihnen wichtiger als das Schicksal der deutschen Stadt.

# Der deutsche landwirtschaftliche Besitzstand in Posen

Der nationaldemokratische „Kurjer Poznanski“ brachte am 23.—25. Juni einen phantastischen Bericht über die sogenannte „deutsche Gefahr“. In mehreren Kartenskizzen und Artikeln berichtete das Blatt über die Entwicklung des deutschen Grundbesitzes in Posen. Die Karten geben den Bomhundertsatz des deutschen Besitzes für die Jahre 1914, 1926 und 1934 an. Zu diesen Karten macht der Verfasser, W. Dworzaczek, einige Bemerkungen. Er gibt den privaten deutschen Grundbesitz im Jahre 1914 mit 940 852 ha, d. h. 35,5 Prozent, an. Besonders stark sei der deutsche Grundbesitz damals in den Kreisen Gnesen (62,7 Prozent), Lissa (57,5 Prozent), Wollstein (53,9 Prozent) und Krotoschin (52,7 Prozent) vertreten gewesen. 1926 habe der deutsche Grundbesitz nur 667 257 ha, d. h. also nicht mehr ⅓, sondern nur noch ¼ des gesamten Grundbesitzes betragen. 1934 dagegen sei der deutsche Grundbesitz wieder gestiegen, und zwar auf 682 626 ha, d. h. er betrage jetzt 25,7 Prozent. Die Polen hätten von 1926—34 also 15 369 ha verloren.

Man müsse sich klar machen, schreibt Dworzaczek dazu, welch eine starke und gefährliche Waffe in deutscher Hand jeder Besitz und namentlich der Grundbesitz sei, und was dieser im Falle eines bewaffneten Konfliktes bedeute. Wenn man dies in Betracht ziehe, so müsse man diese Vergrößerung des deutschen Besitzes, und zwar hauptsächlich in den Grenzkreisen, aufmerksam betrachten. Die Bilanz der Grundbesitzfrage in Polen nach 16 Jahren polnischer Herrschaft sei sehr wenig erfreulich. In der ersten Periode, d. h. bis 1926, habe der deutsche Grundbesitz zwar langsam, aber stetig abgenommen, in der zweiten Periode jedoch habe er zugenommen. Auf die Frage nach dem Grund dieser Entwicklung gibt Dworzaczek folgende Antwort: Es unterliege keinem Zweifel, daß dieser für die deutschen Absichten so günstige und für die polnischen Absichten so ungünstige Stand „die Frucht einer wohlüberlegten systematischen Arbeit“ sei. Während die Deutschen, abgesehen von der ersten Zeit nach dem Umsturz, mit allen Kräften bemüht gewesen seien, jeden Arbeiter, jeden Kaufmann und jeden Landwirt in Polen festzuhalten, hätten die Polen leichten Herzens auf die Entfernung etwa der Hälfte aller Obtanten verzichtet und eine ganze Reihe von Gesetzen nicht benutzt, um ihren Besitzstand wieder herzustellen! Außerdem hätten sie der deutschen Minderheit „äußerst weitgehende Rechte auf dem Gebiete des Schulwesens, der Presse und des Organisationslebens“ gewährt. Wenn die wirtschaftliche Lage der deutschen Siedlungen und Landgüter in vielen Fällen besser sei als die der polnischen, so sei dies meist das Ergebnis einer Hilfe aus dem Reich in Form weitgehender und billiger Kredite. Sodann gäbe es eine ausgezeichnete, weit verzweigte Organisation des deutschen Genossenschaftswesens und überhaupt eine gute Organisation des ganzen deutschen wirtschaftlichen und politischen Lebens. Der Verlust von 15 000 ha polnischen Landes und der Uebergang dieses Landes in deutsche Hand müsse für die Polen eine letzte und sehr entschiedene Warnung sein.

Es versteht sich von selbst, daß diese Ausführungen des polnischen Verfassers über eine angebliche Zunahme des deutschen Grundbesitzes in Posen von vornherein wenig glaubwürdig sind, obwohl der Verfasser vorgibt, genaues Material über die Entwicklung des deutschen Besitzstandes für die einzelnen Kreise vorlegen zu können. Wenn man bedenkt, daß der deutsche Grundbesitz von 1926 bis 1934 durch die scharfen Eingriffe der Agrarreform beträchtliche Einbußen erlitten hat, wenn man sich daran erinnert, daß der Erwerb von Grundbesitz durch Deutsche in einer breiten Grenzzone und im weiten Umkreis um die Festungen völlig unmöglich ist, wenn man schließlich bedenkt, daß es so gut wie niemals vorkommt, daß ein Angehöriger der deutschen Volksgruppe die Auflassung erhält, daß die Deutschen bei der Parzellierung von Gütern grundsätzlich ausgeschlossen sind, usf., dann muß man zu der sicheren Annahme kommen, daß die Zahlen, die der polnische Verfasser in seinen Artikeln und Karten auftischt, völlig aus der Luft gegriffen sind, und daß mit dieser Veröffentlichung, wie schon so oft in ähnlichen Fällen, ein innerpolitischer Zweck verfolgt wird, nämlich beabsichtigt ist, die polnische Regierung der mangelnden Wachsamkeit gegenüber der sogenannten „deutschen Gefahr“ zu verdächtigen und die Nationaldemokratie als die einzige politische Gruppe zu empfehlen, die fähig ist, die „polnischen Belange“ in den Westgebieten energisch und erfolgreich zu wahren.

# Die Zahl der Deutschen in Kongreßpolen

Ueber die zahlenmäßige Entwicklung des Deutschtums in Kongreßpolen waren bisher ganz allgemein falsche Vorstellungen verbreitet. Es war bisher üblich, die Vorkriegsstärke des kongreßpolnischen Deutschtums mit etwa 700 000 Seelen anzugeben. Da bei der Volkszählung von 1921 in den polnischen Zentralwojewodschaften rund 310 000 Deutsche gezählt worden sind, müßte das dortige Deutschtum, wenn die für die Zeit bei Kriegsausbruch angegebene Zahl richtig wäre, während des Krieges einen geradezu katastrophalen Zusammenbruch erlebt haben. Ein Rückgang der zahlenmäßigen Stärke des Deutschtums in Kongreßpolen ist zwar festzustellen; doch hat er bei weitem nicht die verheerenden Ausmaße erreicht, die man bisher allgemein anzunehmen geneigt war. Es ist das Verdienst von Walter Kuhn, die irrigen Vorstellungen, die bisher allenthalben über die zahlenmäßige Entwicklung des Deutschtums in Kongreßpolen verbreitet gewesen sind, durch eine kritische Untersuchung der vorhandenen statistischen Unterlagen richtiggestellt zu haben. („Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen“, Heft 29, Posen 1935.) Nachstehend seien die wichtigsten Punkte der Kuhnschen Arbeit wiedergegeben.

Bei der einzigen allgemeinen Volkszählung, die im Vorkriegsrußland stattfand und einigermaßen brauchbare Ergebnisse lieferte, bei der Zählung von 1897, wurden in Kongreßpolen 414 769 Lutheraner gezählt. Da sich in Kongreßpolen Deutschtum und Protestantismus in weitgehendem Maße decken, kann man die Zahl der Lutheraner etwa gleich der Zahl der Deutschen setzen. Von dieser Zahl geht Kuhn bei seiner Berechnung der Stärke des Deutschtums zu Beginn des Weltkrieges in der Hauptsache aus. Unter Berücksichtigung des natürlichen Zuwachses und der Abwanderung gelangt er zu dem von ihm gesuchten Ergebnis. Nach den Veröffentlichungen der Warschauer Generalsuperintendentur gab es innerhalb der Augsburgischen Kirche Kongreßpolens in den 16 Jahren von 1897 bis 1912 284 797 Taufen und 178 850 Todesfälle, somit einen Ueberschuß von rund 106 000 Seelen. Das würde, wenn in dieser Zeit keine Abwanderung von Deutschen aus Kongreßpolen stattgefunden hätte, für Anfang 1913 eine Zahl von etwa 520 000 Lutheranern ergeben. Nun haben aber in dieser Zeitspanne zahlreiche Deutsche Kongreßpolen verlassen; sie sind z. T. nach Uebersee, z. T. in andere Landesteile Rußlands ausgewandert. Kuhn nimmt einen durchschnittlichen jährlichen Wanderungsverlust von etwa 2000 Seelen an und kommt zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Lutheraner von 1897 bis 1912 tatsächlich um etwa 70 000 gestiegen ist. Demnach hat die Zahl der Lutheraner Kongreßpolens, die mit derjenigen der dortigen Deutschen etwa gleichzusetzen ist, im Jahre 1912 rund 485 000 Seelen betragen. Rechnet man hiervon die Zahl der Lutheraner bzw. der Deutschen ab, die bei der politischen Neuordnung nach dem Kriege mit dem nördlichen Teil des ehemaligen Gouvernements Suwalki an Litauen gefallen sind, so hat es Anfang 1913 im Gebiet der heutigen Zentralwojewodschaften Polens etwa 450 000 Lutheraner bzw. Deutsche gegeben, — nicht aber über 700 000, wie man bisher allgemein angenommen hat.

Wie ist es nun zu der Zahl von 700 000 Deutschen gekommen? Diese Zahl stammt vom Warschauer Sta-

tistischen Komitee. Diese russische Verwaltungsstelle veröffentlichte erstmalig für 1890 und 1893 und dann jährlich von 1905 bis 1913 auf Grund der Angaben der Gemeindevögte und der städtischen Bürgermeister nach Konfessionen (und seit 1910 auch nach Muttersprachen) gegliederte Bevölkerungszahlen. Die dem Komitee zur Verfügung stehenden Unterlagen aber waren höchst mangelhaft. Das Urmaterial bildeten die sog. Bevölkerungsbücher, die noch aus der Zeit des Großherzogtums Warschau stammten, und in die die Gemeindevögte und Bürgermeister die Bevölkerungsbewegung durch Geburten, Todesfälle und Wanderungen einzutragen hatten. Es ist leicht einzusehen, schreibt Kuhn in seiner erwähnten Arbeit, wie sehr die Fehlermöglichkeiten mit der zunehmenden Binnenwanderung wuchsen; in der Praxis war die Folge vielfach die, daß eine Person an zwei oder mehreren Stellen in die Bevölkerungsbücher eingetragen war und dann doppelt oder mehrfach gezählt wurde; infolgedessen sind die Zahlen des Komitees durchweg zu hoch; für die Muttersprachenstatistik boten die Bevölkerungsbücher überhaupt keine sicheren Unterlagen; die diesbezüglichen Zahlen waren reine Schätzungen der Gemeindevögte. Dazu kam noch, daß in der polenfeindlichen russischen Verwaltung das Bestreben herrschte, die Zahl der nichtpolnischen Volksgruppen in Kongreßpolen möglichst hoch erscheinen zu lassen. Und schließlich wurde die Tendenz, die Stärke des deutschen Volksteils aufzubauschen, auch noch durch die Bedürfnisse der gegen Deutschland gerichteten panslawistischen Propaganda verstärkt, der daran lag, die deutsche Kolonisation in den Weichselgouvernements als eine planmäßige, vom deutschen Generalstab durchgeführte Durchdringungs- und Angriffsaktion hinzustellen, eine Behauptung, die während des Krieges dann dazu herhalten mußte, die Deportation der deutschen Kolonisten ins Innere Rußlands zu begründen. Für Anfang 1913 gab das Warschauer Statistische Komitee die Zahl der Lutheraner in Kongreßpolen mit 697 000 und die Zahl der Deutschen sogar mit 720 000 Seelen an. Aus den Veröffentlichungen des Komitees haben diese Zahlen ihren Weg in alle, das kongreßpolnische Deutschtum betreffenden Veröffentlichungen gefunden; sie sind ebenso in die polnische wissenschaftliche Literatur wie in die deutschen Publikationen eingegangen.

Nach den Berechnungen Kuhns hat es, wie erwähnt, vor dem Kriege im Gebiet der heutigen polnischen Zentralwojewodschaften rund 450 000 Lutheraner bzw. Deutsche gegeben. Gegenüber diesem Vorkriegsstande hat das dortige Deutschtum bei der ersten polnischen Volkszählung 1921 eine Verminderung um 140 000 Seelen aufzuweisen. Der Rückgang ist in den einzelnen kongreßpolnischen Landesteilen sehr verschieden stark. Während sich die deutschen Kolonien im westlichen Kongreßpolen im allgemeinen behauptet haben, haben die Kolonien in den östlichen Kreisen besonders schwere Einbußen erlitten; es sind das die Gebiete, die während des Krieges von den deutschen Kolonisten zwangsweise geräumt werden mußten. Wenn nun bei der polnischen Volkszählung von 1921 etwa 310 000 Deutsche in Kongreßpolen festgestellt worden sind, so ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß das kongreßpolnische Deutschtum zu der Zeit, als die Zählung stattfand, nach der Bewegung, in die es zum Teil durch den Krieg geraten war, noch nicht wieder zur Ruhe gelangt war. Die Rückwanderung der deutschen Kolonisten, die während des Weltkrieges und des russisch-polnischen Krieges ihre Wohnsitze hatten verlassen müssen, hielt auch nach 1921, dem Jahre der ersten polnischen Volkszählung, noch an. Brauchbare Anhaltspunkte für die Beurteilung der Stärke des kongreßpolnischen Deutschtums werden erst dann vorhanden sein, wenn einmal die Ergebnisse der zweiten polnischen Volkszählung von 1931 aufbereitet vorliegen. Mit dieser Aufbereitung scheint es das Statistische Zentralbüro in Warschau jedoch nicht besonders eilig zu haben. Walter Kuhn schätzt die gegenwärtige Zahl der Deutschen in Kongreßpolen auf etwa 350 000. Demnach ist diese Zahl im Vergleich zur Vorkriegszeit um rund 100 000 gesunken.

Walter Kuhn schließt seine statistischen Untersuchungen mit folgenden beachtlichen Bemerkungen: Unserer bisherigen Meinung von der Zahlenentwicklung des Deutschtums in Kongreßpolen liegt sozusagen eine Katastrophentheorie zugrunde. Wir sahen zuerst einen unerhört glänzenden Aufstieg, gespeist aus geheimnisvollen und nicht faßbaren Quellen, und nach dem Kriege einen vernichtenden Absturz, ähnlich dem in Posen und Westpreußen. Nach den durchgeführten Untersuchungen aber bietet die Entwicklung ein ruhigeres Bild. Es gab zwischen 1860 und 1913 keine Vermehrung auf das Dreifache (von 240 000 auf 720 000), und während des Krieges kein Absinken auf weniger als die Hälfte. Das Wachstum ging nur von 320 000 auf 450 000, und die Verminderung im Kriege betrug nur etwa 100 000 Menschen, hauptsächlich in den Ostkreisen. Diese stetigere Entwicklung spricht, recht überlegt, doch nur zugunsten des kongreßpolnischen Deutschtums. Sie ist ein Beweis seiner Wurzelfestigkeit und Heimatverbundenheit. Es ist in den günstigen Zeiten vor 1914 langsam, aber völlig aus eigener Kraft gewachsen und vermochte noch Menschen zur Erschließung neuer Gebiete abzugeben. Aus der unerhörten Prüfung der Kriegsverschleppung, bei der Zehntausende dahinstarben, und die übrigen jahrelang von der Heimat ferngehalten wurden, die sie bei der Rückkehr als Trümmerhaufen wiederfanden, ist es mit Einbußen hervorgegangen, die im Vergleiche mit der Schwere des Erlebten klein genannt werden müssen.

# Der Zloty und der Handel mit Deutschland

In Polen ist man wegen der Entwicklung, die der polnische Außenhandel in letzter Zeit genommen hat, etwas in Sorge. Im Monat Mai war die polnische Handelsbilanz zum zweiten Male in diesem Jahre passiv. Polen aber braucht, seitdem es nicht mehr in der Lage ist, die Passivität seiner Zahlungsbilanz durch die Hereinnahme ausländischer Kredite auszugleichen, eine aktive Handelsbilanz, und das um so mehr, als seine Einnahmen aus den Dienstleistungen (Transitverkehr) und aus den Ueberweisungen seiner Auswanderer während der letzten Jahre stark zurückgegangen sind. Die Aktivität der polnischen Zahlungsbilanz ist von der Aktivität der Handelsbilanz abhängig. Durch die Aktivität der Zahlungsbilanz aber ist die Stabilität der polnischen Währung bedingt. Seitdem der Kreditzufluß aus dem Ausland abgestoppt ist, ist Polen gezwungen, seinen Import zu drosseln und seinen Export zu forcieren. Es hat beides in dem größtmöglichen Maße getan. Eine weitere Drosselung der Einfuhr kommt wohl kaum noch in Frage. Im Gegenteil ist, wie die vergangenen Monate bewiesen haben, eine gesteigerte Einfuhr notwendig, wenn die polnische Industrie mit den notwendigen Rohstoffen versorgt werden soll. Welche neuen Mittel der Exportförderung die polnische Regierung zur Ueberwindung des Handelsbilanzpassivums anzuwenden beabsichtigt, ist noch nicht bekannt. Die bisherigen Exportförderungsmaßnahmen haben eine so ungeheuer schwere Belastung der inländischen Konsumenten zur Folge gehabt, haben eine so weitgehende Störung des polnischen Wirtschaftslebens bewirkt, daß eine weitere Verschärfung der bisherigen Methoden kaum noch tragbar erscheint.

Die polnische Regierung betrachtet die Stabilität des Zloty als das oberste Gebot ihrer gesamten Wirtschafts- und Handelspolitik. Es ist ihr allerdings unter gewaltigen Opfern, die die gesamte Bevölkerung zu tragen hat, gelungen, diese Stabilität zu erhalten und der polnischen Währung im Ausland eine gewisse Achtung zu verschaffen. Freilich sind die Pfeiler, mit denen die Währung abgestützt ist, nicht unerschütterlich. Sobald die Handelsbilanz passiv wird, geht ein leises Zittern durch das ganze Gebäude. Und wenn die Handelsbilanz passiv bleiben sollte, dann bliebe, wenn die Zah-

lungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland erfüllt werden sollen, nichts anderes übrig, als den Goldbestand der polnischen Notenbank, also die Deckung des Zloty, anzugreifen. Sobald das aber einmal der Fall ist, besteht die Gefahr eines spekulativen Angriffs auf die Währung. Ob in einem solchen Falle eine so stark ausgeblutete und desorganisierte Wirtschaft wie die polnische in der Lage sein würde, ihre Währung stabil zu erhalten, das kann man bis zum Beweis des Gegenteils füglich bezweifeln.

Man kann es verstehen, wenn polnischerseits unter diesen Umständen den jetzt beginnenden Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Schon äußerlich kommt diese Bedeutung darin zum Ausdruck, daß der polnischen Wirtschaftsdelegation nicht weniger als sieben hohe Beamte der Wirtschaftsministerien angehören, darunter der Ministerialdirektor Sokolowski aus dem Handelsministerium, der beim Abschluß aller wichtigeren Wirtschaftsverträge Polens während der letzten Jahre führend mitgewirkt hat, ferner der Ministerialdirektor Dr. Adam Rose aus dem Landwirtschaftsministerium, der seit Jahren die landwirtschaftlichen Beziehungen Polens zum Ausland maßgebend beeinflußt hat. Polen kommt es bei den Verhandlungen wohl in der Hauptsache darauf an, seinen Absatzmarkt für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte in Deutschland zu erweitern und seine in Deutschland noch eingefrorenen Forderungen flüssig zu machen. Was die Devisenfrage anlangt, so scheinen die deutschen und die polnischen Auffassungen hierüber in mehrerer Hinsicht von einander abzuweichen. Ueber die verstärkte Einfuhr polnischer Landwirtschaftserzeugnisse (Butter, Eier usw.) ist Deutschland durchaus zu sprechen bereit. Voraussetzung ist natürlich, daß Polen die für Deutschland bestehende Notwendigkeit anerkennt, daß die Einfuhr aus Polen mit einer ebenso hohen Ausfuhr nach Polen bezahlt werden kann. Mit dem Abschluß eines Handelsvertrages ist auch bei einem günstigen Verlauf der Verhandlungen nicht zu rechnen. Die Grundlage der Verhandlungen bilden die deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen vom Mai und Oktober vorigen Jahres, durch die der Abbau der beiderseitigen Kampfmaßnahmen bzw. die Steigerung des gegenseitigen Warenaustausches auf der Grundlage der Gegenseitigkeit vereinbart worden sind. Deutschland muß entschiedenen Wert darauf legen, daß der erhebliche Einfuhrüberschuß im Warenverkehr mit Polen durch eine Steigerung seiner Ausfuhr nach Polen beseitigt wird.

Polnischerseits scheint man Wert darauf zu legen, für die Verhandlungen eine möglichst freundliche Atmosphäre zu schaffen. So ist wohl die einigermaßen überraschend gekommene Schließung der Zentralstelle der antideutschen jüdischen Boykottbewegung in Warschau zu verstehen. Am 19. Juni wurde das Büro der „Anti-Hitler-Aktion" polizeilich durchsucht und versiegelt. Die „Aktion" selber wurde allerdings nicht aufgelöst; es ist ihr, wie es heißt, behördlicherseits nur nahegelegt worden, ihre Tätigkeit einstweilen (!) einzustellen. Ob und inwieweit es den polnischen Behörden bei ihrem Vorgehen gegen die jüdische Boykottbewegung wirklich Ernst ist, wird sich erst später herausstellen. Im übrigen kann festgestellt werden, daß ein Teil der jüdischen Geschäftsleute, die Verdienen groß zu schreiben pflegen, den Boykott deutscher Waren aus „ideellen" Gründen zwar stets gebilligt, aus materiellen Gründen aber nicht mitgemacht haben.

# Ostland-Chronik

**Schikanen gegen den „Czas".**

Der „Czas", das Blatt der im Regierungslager stehenden Konservativen, hat sich, wie es scheint, das besondere Mißfallen maßgebender Regierungskreise zugezogen. Am 20. Juni erschien in der Druckerei des „Czas", der schon seit längerer Zeit in Warschau gedruckt wird, eine städtische Baukommission, stellte fest, daß der Fußboden nicht in Ordnung ist und die Aborte nicht so sauber sind, wie es wünschenswert ist, und schloß wegen dieser Mängel kurzerhand den ganzen Betrieb. Der „Czas" mußte sich in eine andere Druckerei zurückziehen und kann vorerst nur noch in kleinerem Format erscheinen. Der Eifer der Baukommission scheint sich daraus zu erklären, daß das Blatt der Konservativen es gewagt hatte, die Finanzwirtschaft des Warschauer Stadtkommissars Starzynski zu kritisieren. Von polnischer Seite wird einem immer wieder versichert, daß es in Polen eine Unterdrückung der öffentlichen Meinung nicht gebe, daß die Regierenden in Polen keine Furcht vor der Kritik hätten und eine Gleichschaltung der Presse weder wünschten und brauchten. — Warum auch? Es geht ja, wenn's sein muß, auch mit einer Baukommission, wie man sieht!

**Die Juden in Lodz**

Der „Warszawski Dziennik Narodowy" vom 23. Juni veröffentlicht die neuesten statistischen Daten über die zweitgrößte Stadt Polens, Lodz. Danach hat Lodz 605 974 Einwohner. Davon sind 224 144 mosaische Juden und 49 748 (vorwiegend deutsche) Evangelische. Die Juden machen somit fast 40 v. H. der Bevölkerung aus. Von den Handelsunternehmen in Lodz besitzen die Juden 73,5 v. H. In der Industrie sind sie mit 66 v. H. vertreten Von den Handlungsreisenden, Hausierern, Straßenverkäufern usw. sind etwa 90 v. H. Juden. Nach dem Hitler-Umsturz in Deutschland sollen 47 282 Juden aus Deutschland nach Lodz gekommen sein (?). Das polnische Blatt fordert energisch die Entjudung von Lodz, die in das Programm der Regierungspolitik aufgenommen werden müsse. Wie diese Entjudung vor sich gehen soll, wird allerdings nicht verraten.

**Regierung und Klerus**

Die Reibungen zwischen dem polnischen Regierungsblock und dem Klerus nehmen kein Ende. Losinski, der Bischof von Kielce, hat zu seinem 25jährigen Jubiläum zwar den päpstlichen Segen erhalten, die polnischen Behörden haben ihm aber verboten, sein Jubiläum öffentlich zu feiern, nachdem er sich seinerzeit geweigert hatte, eine Trauerfeier für Pilsudski zu veranstalten. In einem anderen Falle ist ein Propst, der bei demselben Anlaß öffentliches Aergernis erregte, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden. In Kielce, dem Sitz des Bischofs Losinski, ist es am 26. Juni erneut zu Kundgebungen gegen Losinski gekommen. In einer Versammlung ehemaliger Soldaten und anderer Organisationen wurde eine Protestentschließung gegen das Verhalten des Bischofs angenommen. Nach der Versammlung marschierten die Teilnehmer vor den Bischofspalast, um gegen den Bischof zu demonstrieren. Die Polizei verhinderte durch ein starkes Aufgebot Ausschreitungen. Der Kielcer Stadtrat hat an den päpstlichen Nuntius und an den Primas von Polen, Kardinal Hlond, die Bitte gerichtet, den Bischof Losinski aus Kielce abzuberufen.

**Professor Aszkenazy †**

Einer der bekanntesten Historiker Polens, Professor Simon Aszkenazy, ist am 22. Juni in Warschau gestorben. Aszkenazy wurde 1867 in Sandomir geboren. Schon 1897 bekleidete er an der Universität Lemberg eine hervorragende Stellung, von der er an die Krakauer Akademie der Wissenschaften übersiedelte. Aszkenazy verdanken zahlreiche jüngere polnische Historiker ihre Ausbildung. Nach dem Kriege ist er auch auf diplomatischem Boden vielfach hervorgetreten. Er vertrat Polen längere Zeit im Völkerbund.

**Neuer Wojewode von Posen**

Der Posener Wojewode Maruszewski muß, wie die polnische Presse meldet, wegen eines schweren Herzleidens seinen Dienst aufgeben. Sein Nachfolger ist der Krakauer Wojewode Dr. Mikolaj Kwasniewski.

**Studienfahrt nach Wilna**

In der Zeit vom 14.—17. Juni besuchten 46 Königsberger Studenten unter Leitung von Professor Dr. Oberländer Grodno, Wilna, Bialowiez und Bialystok. Der

Ausflug diente vor allem dem Studium der wirtschaftlichen Unternehmungen in Ostpolen, so der Textilindustrie in Bialystok, den großen Holzsägewerken in Hainufka und Bialowież. Nach einem kurzen Empfang in Grodno, wo die alten Ausgrabungen der Burg aus der Litauerzeit gezeigt wurden, waren die Studenten Gäste der Universität Wilna und besuchten die alte Litauerfeste Troki. Es war wohl die erste Exkursion, die seit langem von Königsberg nach Wilna kam, um die Beziehungen zwischen beiden Universitäten, der östlichsten deutschen und der östlichsten polnischen Universität, enger zu gestalten. Die deutschen Studenten legten an der Stelle, an der das Herz Pilsudskis eingemauert ist, Blumen nieder. Anschließend besuchten die Studenten das Urwaldreservat in Bialowież. Die Aufnahme war überall sehr freundlich, und die Universität Wilna wird voraussichtlich noch in diesem Sommer mit einer Exkursion einen Gegenbesuch in Königsberg machen.

**Polnisches Gymnasium liquidiert.**

Das einzige polnische Gymnasium in Litauen, das sich in Kauen befindet, ist liquidiert worden. Durch eine Verfügung des litauischen Unterrichtsministers ist jetzt für alle Unterrichtsfächer die litauische Sprache eingeführt worden.

**Zwei deutsche Helfer des lettischen Volkstums**

Daß die Letten von den Deutschen Jahrhunderte hindurch an der Entfaltung ihres Volkstums gehindert worden sind, ist für jeden „patriotischen" Letten eine These, an der er sich nicht zu zweifeln getraut. Daß die geschichtlichen Tatsachen etwas ganz anderes beweisen, daß gerade die verlästerten Deutschen das Lettentum vor dem völkischen Versiegen bewahrt und ihm aus ihren eigenen Reihen die geistigen Kräfte zur Verfügung gestellt haben, die notwendig waren, um die Grundlagen einer eigenen lettischen Kultur und eines lettischen Volksbewußtseins zu schaffen, das kommt nur gelegentlich in der lettischen Presse zum Ausdruck, das wird dort an Hand einzelner bezeichnender Tatsachen gleichsam nur aus Versehen einmal erwähnt. So erschien kürzlich im „Rits" ein Artikel „zum Andenken zweier Schul- und Kulturförderer", der beiden Deutschen Ernst Glück und Johann Fischer, aus Anlaß der 230. Wiederkehr ihres Todestages am 16. Mai. Es heißt über diese beiden Deutschen in der lettischen Zeitung u. a.:

„Das Leben und die Tätigkeit dieser beiden Schul- und Kulturförderer ist eng miteinander verbunden; obwohl beide in Deutschland geboren wurden, haben sie sich Livland als Arbeitsfeld auserkoren. Ernst Glück kam hierher, um zu forschen, während Johann Fischer auf Aufforderung des damaligen Herrschers von Livland, des Königs von Schweden, das hohe und verantwortungsvolle Amt eines livländischen Generalsuperintendenten übernahm. So trafen sich die beiden in Livland zu gemeinsamer Arbeit. Glück, der damals noch ein Jüngling war, nahm, um sich schneller die Sprache des Volkes anzueignen, die Stelle eines Pfarrers in Dünamünde an. Später geht er unter das Volk nach Marienburg, wo er 1681 bis 1689 die Bibel in die lettische Sprache übersetzte. Um diese lettische Bibel dem Volke zugänglich zu machen, sorgt er auch für Schulen und Lehrer. Mit weit größeren Vollmachten ausgerüstet, beginnt Fischer die Reorganisation der Schulen in Riga, wo er 1675 die ‚Schola Carolina' begründet, aus welcher sich später das Gouvernementsgymnasium herausbildet. Die bedeutende Domschule wird ebenfalls in dieser Zeit eröffnet. Damit war für die Ausbildung von Lehrern und Pfarrern eine Grundlage geschaffen. Es fehlte jedoch an Büchern. Dank seines Einflusses in Stockholm erlangte Fischer Unterstützungen zur Ermöglichung der Herausgabe der Heiligen Schrift und verschiedener Schulbücher in lettischer Sprache. So ist auf Fischers Veranlassung der Grund zur Bibelübersetzung von Glück in Marienburg gelegt worden. 1689 war diese Arbeit beendet, und dank der Zuschüsse konnte die erste lettische Bibel gedruckt und im Volk verbreitet werden. Auf Fischers Veranlassung befahl die Regierung dem livländischen Landtag, für die Landschulen zu sorgen. Fischer bemühte sich um die Eröffnung der Universität Dorpat und beantragte deren Ueberführung nach Riga."

# Deutschland will Frieden zwischen den Völkern

Reichserziehungsminister Rust hat auf der Pfingsttagung des VDA. in Königsberg an die Vertreter der anderen Völker die Frage gerichtet, ob sie bereit sind, durch eine freimütige Aussprache über die Volkstumsfragen der Unterdrückung und Vernichtung der nationalen „Minderheiten" ein Ende zu machen. Rust führte u. a. aus:

„Der nationalsozialistische Staat ist nicht imperialistisch, weil Imperialismus dem völkischen Denken widerspricht. Ein Staat, der seine Aufgabe sieht in der Entwicklung eigenen Volkstums, der in seiner Gesetzgebung alles tut, um dieses Volkstum blutmäßig und geistig vor Zerstörung zu bewahren, begeht nicht jene Wahnsinnstat, seine beste Auslese als deutsche Soldaten zu Millionen auf Schlachtfeldern verbluten zu lassen, um volksfremde Untertanen seinem Reiche darauf einzuverleiben. Völkisches Denken und imperialistische Staatspolitik sind nicht auf einen Nenner zu bringen. Wir suchen nicht andere Völker staatspolitisch zu beherrschen, sondern wir suchen unser eigenes Volk auf dieser Erde stark und groß zu machen ... So wenig der völkische Staat imperialistisch ausgerichtet ist, so wenig ist die deutsche Volkstumsbewegung irredentistisch gerichtet ...

Die Erkenntnis, die uns aus unserer Weltanschauung folgerichtig erwachsen ist, legt es den verantwortlichen Männern der deutschen Reichsregierung nahe, von hier aus die Minderheitenpolitik auf deutschem Reichsboden neu auszurichten. Wir glauben nicht, daß uns damit gedient ist, wenn wir fremde Minderheiten mit den überlegenen Mitteln des Staates vergewaltigen. Wir glauben, daß Haß und Tränen die Ernte solchen Tuns sein werden. Und wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn auch die anderen Staaten den neuen Weg beschreiten, gleich unserm ausgerichtet, so werden Wunden geheilt werden, die bisher als unheilbar angesehen wurden ... Wie wäre es, wenn ähnlich offen und freimütig wie die Frontsoldaten, unter Verabscheuung von Lügen, auch die Vertreter der Volkstümer zusammentreten würden, nicht um klein und heimtückisch Vorteile herauszuholen, sondern in ehrlichem Kampfe unter gegenseitiger Achtung ... Die Geschichte würde dann entscheiden, wer der Tüchtigere war. Das Volkstum war das bessere, das sich nicht unter staatlichem Druck, sondern in freiem Spiel der Volkstumskräfte den Sieg errungen hat. Hier liegt nicht ein Verzicht, hier liegt ein neuer Weg der Ehrlichkeit und Verständigung. ... Es ist nicht das erste Mal, daß in der deutschen Geschichte es einem Mann gelungen ist, nicht nur der Führer eines deutschen Regimes, nicht nur das Oberhaupt des Reiches, sondern auch die Verkörperung seines Volkes zu werden und damit hinauszuwachsen über die Grenzen, überall dort Glauben und Stolz zu erwecken, wo Angehörige des deutschen Volkes in der Welt leben. Adolf Hitler hat nicht nur Fäuste und Stirnen wieder zueinander gefügt, um ein deutsches Staatsvolk neu zu bilden und auf ihm den neuen nationalsozialistischen Staat zu errichten, Adolf Hitler hat mehr vermocht: Nicht 65 Millionen Hände und Hirne hat er zusammengefügt, 100 Millionen Herzen schlagen bei seinem Namen lauter, 100 Millionen haben in seinem Namen wieder als Deutsche zueinander gefunden ... Ihr werdet Adolf Hitler diesen 100 Millionen niemals aus dem Herzen reißen. Verliert sie nicht, die treuen, fleißigen deutschen Männer und Frauen, die treue Staatsbürger eurer Länder sein wollen, stoßt sie nicht von euch in die Nacht des Hasses, laßt sie die Synthese finden zwischen den Gesetzen ihrer Herzen und den Gesetzen der Vernunft und der Pflicht. Laßt sie in euren Staaten als fleißige Mitarbeiter und Staatsbürger leben und verbittert sie nicht, wie wir es nicht tun werden bei denen, die, fremdem Volkstum zugehörig, in

Deutschland Gastrecht und Heimatrecht genießen! ... Wir grüßen sie alle. Und unsere Grüße gehen hinunter in die Gefängnisse, wo treue Volkstumsdeutsche schmachten in Ketten, weil blinder Fanatismus einer untergehenden Zeit sie wider Recht und Vertrag, wider Sinn und Verstand und wider Gott hinuntergestoßen hat in die Gefangenschaft. *Seid getrost, es kommt die Zeit, da öffnen sich eure Kerker, weil das Morgenrot eines volkstümlichen Denkens von Deutschland vorangetragen und auch die übrigen Völker Europas ergreifen wird ... Es werde Frieden! Nicht nur zwischen den Staaten, es werde Friede auch zwischen den Völkern!* Folgt uns nach, und eine wahrhaft neue Welt der Wahrheit wird aufstehen, sie wird besser halten als das, was hinter uns liegt." — Ob und in welcher Weise die Volkstumsführer der anderen Völker auf diesen Friedensappell reagieren werden, wird sich bald feststellen lassen.

# Deutschland, Frankreich und die Ostvölker

Das starke nationale Bewußtsein, das heute unsere Nachbarn im Osten und Südosten erfüllt, hat sich im wesentlichen in den letzten 150 Jahren entfaltet. Neben deutschen und französischen Einflüssen spielen bei allen diesen Völkern bewußt und bisweilen übertrieben gepflegte Erinnerungen an die eigene Vergangenheit eine Rolle. Man stärkt sich an deren großen Zeiten, man versucht wirkliche oder vermeintliche Ueberlieferungen in die neue Zeit zu übertragen oder in ihr zu neuem Leben zu erwecken. Wo derartige Anknüpfungsmöglichkeiten im gewünschten Ausmaß fehlen, scheut man nicht vor Fälschungen zurück, wie bei der Anfertigung der Königinhofer und Grünberger Handschrift durch den Tschechen Hanka.

Wichtig ist aber auch, daß der Kampf gegen den deutschen Kultureinfluß seine geistigen Grundlagen und Mittel aus der gleichzeitigen deutschen Bewegung entnimmt. Vor alle anderen tritt hier der Name eines Mannes, der — schlesischen Blutes — aus Ostpreußen stammt und in Riga und Straßburg die entscheidenden Eindrücke empfängt. *Herder* erlebt das Volk wieder als Ganzheit, als wesentliche Erscheinung, als geschichtliche Persönlichkeit. Am meisten beschäftigen ihn solche Völker, deren Wert sich in einfachen und gehaltvollen Zeugnissen einer ungebrochenen Volkskultur, wie sie Volkslieder und -dichtungen darstellen, bekundet, und die doch im Schatten der Geschichte leben. Ihnen wendet sich sein Gerechtigkeitssinn zu. So wird er zum Propheten einer slawischen Auferstehung. Bei den Slawen sind volkskundliche Entdeckungen zu machen, an ihrer gewaltigen Zahl und den darin ruhenden Möglichkeiten berauscht sich sein empfänglicher Sinn. Wenn Gott, sagt Herder, allen Völkern ihre geschichtlichen Aufgaben zuteilt, dann gehört die Zukunft dem slawischen Stamme, nachdem Germanen und Romanen in glanzvollen Taten ihre Sendung erfüllt haben. Wenn diese Völker dabei kühn und schwertgewaltig über den Erdball zu schweifen vermochten, dann erscheinen Herder die Vorzüge der slawischen Völkerfamilie im Lichte des Gegensatzes dazu.

*Es entsteht die Legende von der besonders friedlichen Volksnatur der Slawen*, sie seien ein genügsames, seßhaftes Bauernvolk mit bestimmten uralten, nur durch den deutschen Einfluß „zeitweise übertünchten und verdorbenen" öffentlichen Einrichtungen im Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsleben. Hier wird der späteren französischen Einflußnahme entscheidend vorgearbeitet. Auch die Slowaken *Schaffarik* und *Kollar* berufen sich in ihren Schriften auf Herder und die Männer der späteren deutschen Einigungsbewegung. Sie arbeiten eng mit einer Reihe von gleichgerichteten Männern im West- und Südslawentum zusammen, die z. T. von Weimar, Jena und Wien aus schon unmittelbare Antriebe empfangen hatten. Zu ihnen zählt der nationale Geschichtsschreiber der Tschechen, *Palacky*.

Palacky konnte auf Grundlagen aufbauen, die vor ihm eine Generation von Volksforschern im besten Einvernehmen mit den Deutschen gelegt hatte. Seine Gefährten trugen ihm neues Material zu, in dem sich die Reizbarkeit und Ueberheblichkeit des tschechischen Nationalismus schon ankündigt. Während die Älteren an dem Wert der Königinhofer Handschrift zweifelten, baute Palacky seine Geschichte Böhmens auf dieses brüchige Fundament. Hanka, der Fälscher der Handschrift, und Palacky, ihr gutgläubiger Nutzer, ließen sich dabei zu einem Idealbild der alten slawischen Zustände verführen, das die Anregungen Herders aufnahm und fortentwickelte. Den ersten Band seines Geschichtswerkes hatte Palacky Mitte der dreißiger Jahre noch in deutscher Sprache veröffentlicht, die späteren erscheinen in tschechischer Sprache. Dieser Umschlag ist bezeichnend.

Die kulturelle Erneuerung ist gelungen, der Kreis ihrer Träger hat sich wesentlich verbreitert, schon spielen Fäden in den Hochadel und die Wiener Zentralregierung hinein. Man gründet eine Buchgemeinschaft und versucht die breiten Massen des Volkes zu erfassen. Die mit den josefinischen Reformen begonnene Modernisierung bringt die selbstverständliche deutsche Ueberlegenheit auf diesen Gebieten ins Wanken. In den vierziger Jahren besitzen die Tschechen ein waches Empfinden für ihre eigene Stärke und für das, was in Oesterreich und im benachbarten Deutschland, dem sie als Mitglieder des Deutschen Bundes formell zugehören, vorgeht. Sie fühlen sich schon als Herren nicht nur des eigenen Volksbodens, sondern der historischen Länder Böhmen, Mähren und (Oesterreichisch-)Schlesien; die deutsche, auch die Sudetendeutsche umfassende Einigungsbewegung betrachteten sie deshalb als Gefahr, vor der sie sich 1848 in den Schutz des habsburgischen Staatsgedankens und später der Russen und Franzosen flüchten. Diese Entwicklung ist bei den Südslawen im ganzen ähnlich verlaufen, auch Polen und Magyaren können sich den Einwirkungen des deutschen geistigen und politischen Lebens nicht entziehen, aber sie treten mit ganz anderen eigenen Voraussetzungen in deren Kreis.

In *Frankreich* ist das Einschwenken auf die Linie der kleinen Völker im nahen Osten inzwischen mannigfach vorbereitet worden. Die napoleonischen Ueberlieferungen weisen über Polen und die „illyrische" Unternehmung an der oberen Adria in das unbekannte Mitteleuropa hinein. Die starke und rührige Emigration in der französischen Hauptstadt beeinflußt diese Versuche auf das entschiedenste. Ihre Propaganda und die auch in Frankreich gelesenen Schriften von Schaffarik u. a. verzaubern nun auch die Franzosen mit dem inzwischen reichlich vergröberten und im West- und Südslawentum zum festen Bestandteil des nationalen Katechismus gewordenen Idealbild, das einst Herder entzückt hatte. Aber im Gegensatz zu den bösen und eroberungssüchtigen Deutschen (und Magyaren) sind die Slawen nun nicht nur mehr friedliche Ackerbürger, sondern naturgegeben auch demokratisch im französisch verstandenen Sinn. Hier bahnt sich schon in den vierziger Jahren — von der tschechischen Bewegung zunächst unabhängig — auch in Frankreich die äußerliche und später in zahllosen Verbrüderungen geschäftig betriebene Verständigung an, die nach Kriegsschluß zu einer vollständigen Uebernahme westlicher Vorstellungs- und Organisationsformen in der Verfassung der Tschechoslowakei, der ersten Verfassung Polens usw. führt.

Nach vorangegangenen schüchternen Versuchen reisen tschechische Führer von den sechziger Jahren ab regelmäßig nach Paris und Moskau. Jetzt erst entdeckt man in Frankreich das tschechische Böhmen. Eifrige Slawisten, wie Leger und Denis, beginnen neben Agram und Moskau auch Prag zu besuchen. Trotzdem die Tschechen immer wieder auf ihre vermeintliche Unterdrückung in der dem Deutschen Reich verbündeten Donaumonarchie hinweisen — daß sie in deren Rahmen seit den sechziger Jahren eine eigene Außenpolitik ungehindert vorbereiten und betreiben konnten, ist der beste Beweis gegen diese Behauptung. In ihren damals angeknüpften Beziehungen zu Paris und Moskau deutet sich das inzwischen abgeschlossene französisch-russische Bündnis des selbständigen tschechischen Staates an. Es lebt ebenso wie die damals begonnenen Beziehungen allein vom Gegensatz gegen das deutsche Volk.

**Ernst Birke**

(in Nat.-soz. Schles. Hochschul-Ztg. 1935, Nr. 7/8).

# Die ungarische Außenpolitik und die deutsche Frage

Wenn in demselben Augenblick, in dem Tibor von Eckhardt in Genf für die Rechte der madjarischen Minderheiten eintrat, Dr. Franz Basch, der Generalsekretär des „Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins“ und Schriftleiter der „Deutsch-Ungarischen Heimatblätter“, wegen „Schmähung der ungarischen Nation“ in erster Instanz zu drei Monaten Gefängnis, Amtsverlust, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre verurteilt wurde, so bedeutete dies zunächst eine entscheidende Schwächung der Stellung Eckhardts und damit Ungarns im europäischen Kräftespiel. Das Gerichtsurteil war ein Verstoß gegen die Staatsraison, war eine entschiedene Widerlegung der Grundsätze, deren Einhaltung Ungarn von den Nachfolgestaaten gegenüber den madjarischen Minderheiten forderte. So etwas könnte ein autoritär regierter Staat sehr leicht verhindern.

In der Woche nach Pfingsten vollzogen sich innerhalb des ungarländischen Deutschtums Ereignisse, die kaum in ihrer ganzen Schwere von demjenigen erkannt werden können, der die Stellung des Deutschtums nicht im einzelnen übersieht. Nach einer Sitzung des Vollzugsausschusses des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins (UDV.) forderte dessen Präsident, Dr. Gustav Gratz, Basch auf, von seinem Posten als Generalsekretär zurückzutreten. Basch weigerte sich und wurde daraufhin beurlaubt. Die Beurlaubung nahm Basch unter Protest zur Kenntnis. Gratz hatte laut den Statuten das Recht, diese Beurlaubung vorzunehmen. Daß er es im Auftrag maßgebender madjarischer Behörden tat, kann keinem Zweifel unterliegen. Es war schon immer ein offenes Geheimnis, daß der UDV. keine eindeutige Vertretung des ungarländischen Deutschtums darstellte, denn es gab stets eine Reihe von Regierungsbeauftragten madjarischer oder madjaronischer Gesinnung, die auf Haltung und Entschlüsse dieser einzigen Organisation des Deutschtums in Ungarn maßgebenden Einfluß ausübten. Gratz erklärte, daß Basch wegen seiner zweimaligen Verurteilung als Generalsekretär des Vereins „nicht mehr tragbar“ sei, denn madjarische Kreise hätten daran Anstoß genommen, und die Auflösung des UDV. sei zu befürchten. Auch der Vorwurf des „Pangermanismus“ spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle.

Nun ist Franz Basch ein Mann, der sich mit aller Eindeutigkeit und Schärfe als ungarländischer Deutscher stets für das Deutschtum in Ungarn eingesetzt hat. Man kann nicht sagen, daß Dr. Gratz ein Madjarone ist, aber er, Exzellenz und Außenminister a. D., ist einer der Menschen, die eindeutig der alten Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zuzurechnen sind: ein „Uebernationaler“ und ein Legitimist. Die Lage ist also klar: die deutsche Frage in Ungarn soll heute aus der Welt geschafft werden, d. h. soviel, daß man alles schon im Keime ersticken wird, was sich an wirklich volksbewußtem Deutschtum noch zu regen wagt. An Stelle des Deutschen Franz Basch wurde von staatlicher Seite der Madjarone Ladislaus Pintér, Abgeordneter der Regierungspartei und geschäftsführender Direktor des UDV., eingesetzt. Schon seit den Wahlen hat das bis dahin vor allem in letzter Zeit recht mutige und entschiedene „Sonntagsblatt“ seinen Ton völlig geändert. Man wird bald fragen müssen: gibt es noch eine deutschbewußte Zeitung und eine deutschbewußte Organisation des ungarländischen Deutschtums oder nur eine staatlich anerkannte „Bewegung“ im Sinne Spina-Czechs?

Die madjarischen Verbände für das Auslandsmadjarentum, der „Sankt Ladislausverein“ und der „Verband für den Weltkongreß der Auslandsmadjaren“, üben andererseits eine lebhafte Tätigkeit aus: Ungarn tritt in außenpolitischen Verhandlungen klar und entschieden für die Rechte der madjarischen Volksgruppen in den Nachfolgestaaten ein, und die Presse in Ungarn war voller Entrüstung, als die südslawische Regierungspartei einen Mann als Madjaren auf ihre Liste setzte, dem von seiner eigenen Volksgruppe diese Zugehörigkeit abgestritten wurde. Das Verhalten gegenüber dem ungarländischen Deutschtum und die Politik in bezug auf die madjarischen Minderheiten stehen in schärfstem Gegensatz zueinander. Wenn man das Deutschtum madjarisiert, so gibt man damit den Gedanken eines Großungarn, d. h. eines Viel-Völkerstaates, auf. Dies bedeutet nichts anderes als ein Verzicht auf den überlieferten ungarischen Staatsgedanken und die Anerkennung der heute bestehenden außenpolitischen Kräfteverhältnisse im Donauraum. Außerdem müssen wir fragen, wie sich eine negative Einstellung zum ungarländischen Deutschtum mit einer positiven Einstellung zum Deutschen Reich vereinbaren läßt?!

# Die soziale Gliederung des amerikanischen Polentums

Im Zeichen der neuerdings wieder sehr lebhaften Bemühungen des Ministeriums für Industrie und Handel um eine Steigerung der polnischen Ausfuhr nach den USA. steht ein Leitartikel im Handelsteil der offiziösen „Gazeta Polska“, der die wirtschaftliche Lage des amerikanischen Polentums eingehend untersucht. Die in diesem Artikel gemachten Feststellungen zeigen, daß die Erwartungen, die in bezug auf eine Steigerung der amerikanischen Warenbezüge aus Polen auf das amerikanische Polentum gesetzt werden können, nicht allzu groß sind. Von insgesamt angeblich 4 Mill. Polen in USA. sind (nach der „Gazeta Polska“) 67 Prozent im Bergbau, Hütten- und Eisenbahnwesen beschäftigt, und zwar im allgemeinen als ungelernte Arbeiter bei schweren und wenig einträglichen Arbeiten. Etwa 10 Prozent der amerikanischen Polen sind in der Landwirtschaft tätig: die übrigen, etwas über 20 Prozent, verteilen sich auf das Handwerk, den Handel, die kleine Industrie und die Intelligenz. Die letztere ist unter dem amerikanischen Polentum mit 0,25 Prozent äußerst schwach vertreten; sie besteht zur Hauptsache aus den Lehrern in polnisch-amerikanischen Schulen.

Die „Gazeta Polska“ hebt hervor, daß das amerikanische Polentum fast ganz des eigenen Produktionsapparates entbehrt; die „Stowarzyszenie Polsko-Amerikanskich Kupcow i Przemyslowcow“ (Pol.-Amerikan. Vereinigung von Kaufleuten und Industriellen) in Chikago, die die größeren polnisch-amerikanischen Unternehmer umfaßt, zählt kaum 500 Mitglieder. Während das Durchschnittsvermögen in den USA. auf den Kopf der Bevölkerung auf 3000 Dollar veranschlagt wird, ist das der amerikanischen Polen mit nicht mehr als 1200 Dollar pro Kopf anzunehmen; die „Gazeta Polska“ schätzt es auf insgesamt 4,8 Mrd. Dollar. Die Gesamtzahl der polnischen „Unternehmer“ in USA., die in eigenen Läden, handwerklichen Werkstätten und Industriebetrieben beschäftigt sind, veranschlagt das Blatt auf etwa 100 000, wobei auf Chicago, Detroit und Pittsburg allein etwa 25 000 polnische Handels-„Unternehmer“ entfallen sollen, von diesen letzteren wieder auf Chicago etwa die Hälfte. Es handelt sich hierbei aber größtenteils um ganz kleine Besitzer von Waschanstalten, Kleingießereien, Destillateure, Mühlenbesitzer und vor allem Inhaber von kleinen Lebensmittelgeschäften, den sog. „grocery stores“. Die „Gazeta Polska“ verweist darauf, daß gerade diese letztgenannten kleinen Geschäfte augenblicklich eine sehr schwere Krise durchzumachen haben. Die Möglichkeiten ihres Wettbewerbs mit den großen Warenhäusern und Kettenläden würden immer geringer, da die kleinen polnischen Geschäftsleute nicht so billig verkaufen könnten, wie die große amerikanische Konkurrenz, die bei ihren Massenbezügen viel günstigere Einkaufsmöglichkeiten habe. Der einzige Ausweg aus dieser Krise scheint nach dem polnischen Regierungsblatt in der Errichtung von Einkaufszentralen für diese kleinen Geschäftsleute zu liegen, die sich nur so die gleichen billigen Einkaufsmöglichkeiten wie ihre große Konkurrenz sichern könnten.

# Buchbesprechungen

**Baba und ihre Kinder.** Roman von August Scholtis. Bruno Cassirer-Verlag, Berlin 1934. 325 Seiten. — August Scholtis gehört in die stattliche Reihe der jungen begabten Schriftsteller, die das heutige Oberschlesien der deutschen Literatur zu geben hat. Scholtis ist gewiß einer der fähigsten und eigenwilligsten aus dieser Reihe. Seine „Baba“ greift mitten hinein ins Leben des an den Fragen der Volkswerdung so reichen oberschlesischen Landes. Unbekümmert um Vorurteile, derb oft in den Mitteln der Darstellung, aber treffsicher in der Gestaltung der Menschen und in der literarischen Wiedergabe des harten deutschen Dialektes der zweisprachigen oberschlesischen Menschen, zwingt und lockt er den Leser, sich mit den völkischen Problemen dieses Landes auseinanderzusetzen. Voll kräftiger Lebendigkeit sind seine Gestalten, die Baba vor allem, deren hartes Leben von der Sorge um ihre zahlreichen Kinder erfüllt und deren schweres Denken von den nationalen Zwiespältigkeiten noch unberührt ist, oder Matusch, ihr ältester Sohn, der äußerlich und innerlich das Schicksal des sozialen Aufstiegs erlebt. In kleinen Episoden, die Scholtis oft nur mit wenigen Sätzen skizziert, tritt dieser oder jener Wesenszug des oberschlesischen Menschenschlages plastisch hervor. Aus allem, was er schreibt, fühlt man heraus, daß Scholtis die Menschen, die er schildert, in ihrem Denken und Handeln versteht, weil er selber zu ihnen gehört. Wer sich mit oberschlesischen Volkstumsfragen befaßt, wird an dem literarischen Schaffen Scholtis', gleichgültig, ob er es ablehnt oder anerkennt, nicht vorübergehen dürfen. **Dr. K.**

**Am Rande Europas.** Tagebuchblätter polnischer Reisen. Von Heinrich Koitz. Paul Kupfer-Verlag in Breslau. 1935. 233 Seiten. Preis brosch. 4,50 RM, Leinen 5,80 RM. — Koitz hat in seinem Buche „Männer um Pilsudski“ den an polnischen Dingen interessierten Deutschen die heute maßgebenden Männer Polens näherzubringen versucht. In dem vorliegenden Buche sucht er der polnischen Wirklichkeit, ihren wirtschaftlichen und geistigen Hintergründen näherzukommen. Mußte Koitz schon bei seinen „Männern um Pilsudski“ darauf hingewiesen werden, daß es nicht angeht, daß ein deutscher Schriftsteller auf jede kritische Einstellung zu den polnischen Dingen verzichtet, so ist ein solcher Hinweis bei dem vorliegenden Buche erst recht notwendig. Unter Liebesleuten mag es üblich sein, über Schwächen und Verstöße des Partners den Mantel schweigender Duldung zu decken und die Wunschbilder und Eitelkeiten des anderen Teiles in nachsichtiger Milde gelten zu lassen. Derartige Gebräuche auf die politische Literatur anzuwenden, dürfte etwas abwegig sein. Koitz nennt sein Buch „Tagebuchblätter polnischer Reisen“. Er hat sich das Land und seine Menschen, vor allem den polnischen Osten, „erwandert“, und die Eindrücke, die ihm seine Wanderungen vermittelt haben, nicht nur darzustellen, sondern auch zu deuten versucht. Bei der Behandlung schwieriger Probleme, etwa der Frage der landwirtschaftlichen Uebervölkerung, beweist Koitz nur eine recht mäßige Beobachtungsgabe. Um so phantasievoller gibt er sich dafür in der Ausdeutung geschichtlicher Vorgänge. Für das Eigengewicht z. B. der ukrainischen oder der litauischen Frage verrät sein Buch nur wenig Verständnis. Einzelnen Erscheinungen, wie etwa der von der polnischen Regierung geförderten Gründung „loyaler“ Ukrainerparteien, spricht er eine Bedeutung bei, die sie zweifellos nicht besitzen. Was er weiter von Wilna sagt, das hätte auch ein an die „historische Mission“ seines Volkes bedingungslos glaubender Pole kaum parteiischer und kritikloser aussprechen können. Der Vergleich, den er — so nebenbei — zwischen Gdingen und Wilna zieht, ist nicht nur schief, sondern reichlich instinktlos. Man kann sich, wenn man das Buch liest, sehr häufig eines Lächelns nicht erwehren. Man fühlt sich allzu oft bei diesen Schilderungen an die leichte Schreibweise oberflächlich politisierender Wandervögel erinnert. Wenn Koitz bei den Dingen, über die er berichtet, und bei den Gedanken, die er entwickelt, jeweils dazu gesetzt hätte, wer ihm das alles erzählt hat, dann hätten seine Tagebuchblätter als politisches Material immerhin einigen Wert. Als eigene Meinung vorgetragen, aber setzen die fragwürdigen politischen Deutungen und die verfehlten Darstellungen, die das Buch in vieler Hinsicht enthält, den Verfasser selbst der Kritik aus. Koitz selber spricht in bezug auf seine eigenen Worte mitunter von „Träumen“. Mit Traumdeutungen aber ist der notwendigen Aufklärung der deutschen Oeffentlichkeit über die polnischen Dinge wenig gedient. **Dr. K.**

**Das Größere Deutschland.** Von Constantin Frantz. Herausgegeben von Eugen Stamm. Wilh. Gottl. Korn Verlag, Breslau 1935. 360 Seiten. Preis kart. 5,20 RM, Ganzleinen 6,50 RM. — Es ist erstaunlich, zu sehen, wie Männer, die einer anderen politischen Epoche angehört haben, mitunter Ideen entwickelt haben, die zu ihrer Zeit nicht fruchtbar werden konnten, in der Gegenwart aber unser Leben bewegen. Zu ihnen gehört Constantin Frantz. Sächsischer Pfarrerssohn, preußischer Legationsrat während der 50er Jahre, dann wegen seines Gegensatzes zu Bismarck, der den jungen klugen Politiker hochschätzte und ihn gern näher zu sich herangezogen hätte, aus dem Dienst ausgeschieden, griff Frantz als politischer Schriftsteller voll scharfer, aufbauender Kritik in die Zeitereignisse ein. Was er über den deutschen Sozialismus, über Kirche und Judentum, über Reich und Volkstum, über Deutschlands europäische Aufgabe usw., zu sagen hatte, das stellte ihn sehr oft in scharfen Widerspruch zu den Männern des Zweiten Reiches, verbindet ihn aber vielfach mit den Ideen unserer Tage. Viel von dem, was er voraussah, sollte später für Deutschland bittere Wirklichkeit werden: „Noch ein paar Jahrzehnte so fort“, schrieb er einmal über die Judenemanzipation, „und an die Stelle des ehemaligen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation wird ein Deutsches Reich jüdischer Nation getreten sein.“ Seine Verurteilung des geschichtlichen Weges, den das deutsche Volk im vergangenen Jahrhundert gehen mußte, mag uns heute mitunter ungerechtfertigt erscheinen, und über die Grundlagen und Ziele einer deutschen Außenpolitik, die er entwickelt, mögen wir heute in mancher Hinsicht anderer Auffassung sein, — das hindert jedoch nicht, daß Frantz uns in den Schriften, die Eugen Stamm in geschickter Auswahl vorgelegt hat, durchaus gegenwartsnah anspricht. Um so notwendiger aber ist es, sich bei der Lektüre des Buches immer des geschichtlichen Abstandes zu erinnern, der diesen scharfsinnigen Denker von uns trennt. Ist man sich dieses Abstandes bewußt, dann wird man die Gedankengänge dieses Buches mit Anteilnahme und Nutzen verfolgen.

**Panzer und Motor in fremden Heeren.** 72 ausgewählte neue Fotos mit Zahlenangaben und Erläuterungen von Oberstleutnant Walther Nehring. Ludwig-Voggenreiter-Verlag, Potsdam. Preis 2,— RM. — „Noch geht der geistige Kampf um die Form und die Gestaltung der Motorisierung der Heere. Er ist belanglos. Entscheidend ist die Tatsache der allgemeinen Erkenntnis vom revolutionären Wesen des Motors, das sich für die Kriegsführung in gleicher Weise auswirken wird, wie einst die Erfindung des Schießpulvers und der Dampfmaschine.“ An zahlreichen Bildern wird die Bedeutung des Motors für die Infanterie, Artillerie und Erkundung verdeutlicht. Die Kampfwagen, wie sie in den Heeren der hochgerüsteten Staaten üblich sind, werden ebenso wie die Tankabwehrmittel im Bilde gezeigt.

## Persönliches

**Geburtstage:** Oberpostsekretär i. R. Eugen von Halász in Fürstenwalde (Spree), am 4. 7. 70 J. (v. H. wurde 1919 durch die Polen in Szczypiorno interniert, dem ehemaligen Deutschen Ostbund gehört er seit dessen Gründung an und war längere Zeit in Frankfurt (Oder) als Vorstandsmitglied tätig.)